

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 28. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Aus England.

London, den 25. Oktober 1898.

Der Streit mit Frankreich um das Gebiet des Bahr el Ghafel hat alle übrigen Interessen in den Hintergrund gedrängt. Auf die am Sonntag erfolgte Ausgabe des französischen Gelbbuches hat die englische Regierung heute ein neues Blaubuch veröffentlicht, dessen Hauptinhalt zwei Depeschen Lord Salisbury's an den englischen Gesandten in Paris, ein Brief des Sirbars der anglo-egyptischen Armee, General Kitchener, an Lord Cromer (englischer „Rathgeber“ des Khedive), sammt dem Briefwechsel zwischen Kitchener und Major Marchand, sowie Briefe des stellvertretenden Regenten von Egypten und des ägyptischen Ministers des Auswärtigen an Kitchener und Lord Cromer bilden.

Die lehrerwähnten Schriftstücke anerkennen Kitchener's Aktion in Fashoda und erbitten den Beistand der britischen Regierung für die Wahrung von Egyptens Recht auf das Niltal, ohne welches die Eroberung Kartums zwecklos wäre. Kitchener's Bericht über seine Zusammenkunft mit Marchand wiederholt neben dem üblichen Lobgesang auf Marchands Muth, Ausdauer und Hingabe die Behauptung, daß dessen Position in Fashoda ganz unhaltbar sei. Mangel an Munition, Lebensmitteln und Verbindungen würde die Behauptung Marchand's, daß er das Gebiet von Fashoda und Bahr el Ghafel besetzt halte, für „lächerlich“ erscheinen lassen, wenn die Leiden und Entbehrungen, mit welchen die Expedition in den letzten zwei Jahren zu kämpfen hatte, dem Scheitern ihrer Bemühungen nicht etwas Ergreifendes gäben.

Wehr Eindrück als diese Dokumente macht der Schlußsatz in Lord Salisbury's zweiter Depesche an Sir Ed. Monson. Entgegen dem Bericht, den der französische Botschafter in London, Baron Courcel, über eine am 12. Oktober mit ihm gepflogene Unterhaltung nach Paris erstattet hat, erklärt Salisbury dort, daß er sich zu seinen Versprechungen hinsichtlich Courcel's Vorschlag verstanden habe, wonach England Frankreich das Flußgebiet des Bahr el Ghafel zugestehen sollte, bevor Frankreich Marchand abberufe.

Dieser Punkt ist jetzt der Angelpunkt der Situation. Von einer Fashoda-Frage ist kaum die Rede mehr. Die Franzosen sind mit Vergnügen bereit, das werthlose Nest Fashoda aufzugeben, wenn sie dafür das Bahr el Ghafel, eine der wenigen fruchtbarsten Provinzen des Sudan, zugestanden erhalten. Sie verlangen, daß man ihnen hier Zugeständnisse mache, um dem Ansehen Marchand's den demüthigenden Beigeschmack zu nehmen. Aber zum ersten Mal zeigt Lord Salisbury sich fest und die ganze englische Presse steht hinter ihm — einige doctrinäre Blätter ausgenommen, deren Einfluß aber fast Null ist.

Unzweifelhaft ist die Sachlage ernst, wenn sie auch zu keiner Panik nöthigt. Zuviel steht bei einem Krieg auf dem Spiel, als daß eine der beiden Regierungen es leichtem Herzens auf einen solchen Ansturm lassen sollte. Aber in England herrscht überall das Gefühl, daß man sich vor der ganzen Welt lächerlich machen, sich um den Rest von Ansehen bringen würde, wenn man zum so und so vielen Mal sich auf die Hüften setzen und für das Zurückziehen des Fußes ein Lösegeld abpressen ließe. So stellt sich dem Durchschnitts-Engländer der Handel dar, und daher die Erscheinung, daß selbst Blätter, die ganz und gar nicht für Kolonialzwecke schwärmen und den Sudanfeldzug unprätigalisch belächeln, jetzt von keinem Sachgelehrten wissen wollen. Marchand muß aus Fashoda abziehen, ehe sich England auf Verhandlungen mit Frankreich über irgend eine Frage des Niltals einlassen kann, ist allgemein die Parole. Kann aber die von allen Seiten beschobene jetzige französische Regierung, selbst wenn sie es wollte, auf das Verlangen eingehen? Den Franzosen die unangenehme Freigabe einer immerhin erlangten, wenn auch unter jetzigen Verhältnissen unhaltbaren Position zu verläßen, ohne sich selbst eine Wölke zu geben, scheint für das Cabinet Salisbury ein unlösbares Problem.

Vielleicht ist es noch ein anderer Umstand, der Salisbury als den Mann von Eisen auftreten läßt. Heute ist Englands Ueberlegenheit zur See unbestritten, man weiß aber nicht, was in einigen Jahren sein wird, oder vielmehr, man weiß, daß der Marine-Chauvinismus in Frankreich sehr hohe Wogen treibt und alles aufbietet, das Stärkeverhältnis zwischen der französischen und der englischen Kriegsmarine zu verringern. Das England heute nicht durchsetzt, das kann es nicht erwarten, später durchzusetzen, und was es heute aufgibt, giebt es nach menschlicher Voraussicht für immer auf. Sind die Franzosen waghalsig genug, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, so sind die Gewinnchancen auf Seiten Englands zur Zeit jedenfalls die größeren.

Und so wird in allen Kriegsschiffen dafür gesorgt, die Kriegsschiffe in stand zu setzen, jeden Tag in See stechen zu können, wird auf allen Marineverträgen eifrig daran gearbeitet, soviel Fahrzeuge als möglich kriegsfertig zu machen, und ist den Dampfschiff-Gesellschaften „White Star“, „Cunard“ und anderen Weisung zugegangen, ihre subventionirten Dampfer für den Dienst als bewaffnete Kreuzerschiffe zur Begleitung von Handelschiffen bereit zu halten. Auch Privatwerften, Stahlwerke u. s. w. arbeiten Tag und Nacht, und die Regierung wird nichts unterlassen, den Franzosen zu zeigen, daß es der englischen Regierung diesmal ernst ist.

Der „Standard“, das Lord Salisbury am nächsten stehende Blatt, hat heute einen längeren Artikel über die relative Seefläche Englands und Frankreichs, der natürlich die Ueberlegenheit Englands auf allen Gebieten scharf hervortreten läßt. 52 englische stehen gegen 27 französische Linienfahrzeuge, 161 englische gegen 76 französische Kreuzerschiffe aller Art, 50 Torpedojäger, 35 Torpedoschiffe und 98 Torpedoboote Englands gegen 13 Torpedoschiffe und 210 Torpedoboote Frankreichs, welche letzteren aber größtentheils heute veraltet sind. So stand es im Frühjahr dieses Jahres, und was seitdem auf beiden Seiten hinzugekommen ist, hat sicher nicht die Wage zu gunsten Frankreichs sinken gemacht. Allerdings bietet England mehr offene Angriffspunkte dar wie Frankreich, und hat es eine unvergleichlich größere Handelsflotte zu verteidigen, aber seine

Kriegsschiffe sind in allen wichtigen Gewässern vertreten und könnten bei ihrer Zahl in verhältnismäßig kurzer Zeit Frankreich doppelt und dreifach so viel Wunden schlagen als dieses England — d. h. so lange das letztere allein steht.

Aber steht es allein? Das ist die große Frage. Die Englandstrescher an der Seine fragen ungeduldig: wo steht Rußland, und hier fragen verschiedene Leute ebenfalls: was wird Rußland thun? Dieses aber wartet, wie es noch immer gewartet hat. Laßt ihm doch die Möglichkeit, gegebenenfalls den egyptischen Nilflur zu spielen und ein gutes Trinkgeld zu verdienen.

Natürlich sind hüben und drüben wohlmeinende Leute geschäftig thätig, für den Frieden zu wirken. Aber was sie gut machen, verderben die Prahlhühner hüben und drüben, und ob Englands Ansprüche berechtigter sind als die Frankreichs oder nicht, von Einem kann man es nicht freisprechen: sein Ministerium läßt es an provozirenden Taktlosigkeit nicht fehlen. Die Depeschen des neuesten Blaubuchs zeigen Lord Salisbury von neuem als Meister der Sarkasmen — am unrichtigen Orte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober.

Unsere Alldeutschen und die Palästinafrage. Wir wiesen vorgestern kurz auf die Agitationen des „Alldeutschen Verbandes“ hin, der eine Festsetzung Deutschlands im türkischen Asien verlangt. In der That hat der Verband schon vor einiger Zeit eine Flugchrift erscheinen lassen, in der er „Deutschlands Ansprüche auf das türkische Erbe“ näher begründet.

Die Begründung ist freilich sehr einfach: Deutschland hat einen „Anspruch“ auf die Länder Kleinasiens, am Euphrat und am Tigris, weil es ein Aufnahmegebiet für seine Ueberfluthung und seinen Waarenüberschuß brauchen kann.

Unser heutiger Kolonialbesitz eignet sich nur zu einem kleinen Theile für die Aufnahme einer deutschen Masseneinwanderung, namentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen. Es gilt also andere Gebiete für das Deutsche Reich zu erwerben.

Vor Jahrzehnten schon haben große deutsche Volkswirthe und Denker, wie Helmuth v. Moltke, Friedrich List und Wilhelm Roscher, auf die Bedeutung Kleinasiens für die deutsche Auswanderung und Kolonisation hingewiesen und die gegemoärtigen Wirren im Orient lenken von neuem die Aufmerksamkeit der Vaterlandsfreunde auf die Wichtigkeit jener von Natur so reich gesegneten, aber in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung so weit zurückgebliebenen Landstriche am Euphrat und Tigris für das Deutsche Reich.

Wir möchten erneut die öffentliche Aufmerksamkeit auf die mit der Auflösung der Türkei für das Deutsche Reich gegebene Möglichkeit des Erwerbes eines Ländergebietes hinlenken, das von ebenso großer wirtschaftlicher wie politischer Bedeutung für das Deutsche Reich werden könnte.

Weder die Bevölkerung Anatoliens, noch die wenig zahlreichen arabischen Bewohner Mesopotamiens und Syriens dürften einer deutschen und, eben weil sie deutsch ist, gerechten Herrschaft besondere Schwierigkeiten bereiten, einer Herrschaft, mit deren Einführung zudem zweifelsohne ein mächtiger wirtschaftlicher Aufschwung des Landes verbunden sein würde.

Soweit Alldeutschland. Nun möchten wir allerdings die deutsche Diplomatie nicht mit Professor Dasse und seinen engeren Kolonialfreunden in einen Topf werfen. Indeß die Spekulationen auf die türkische Erbschaft sind nicht bloß unter den harmlosen patriotischen Surrealisten, sondern gerade in einflussreichen Kapitalistenkreisen viel mehr verbreitet, als sich das äußerlich, in der Presse und in den Versammlungen, geltend macht. Und es ist bekannt, wie groß in hohen und höchsten Regierungskreisen die Neigung für koloniale Erwerbungen, für das „größere Deutschland“ ist. Es erscheint daher sehr beachtenswerth, daß der Konstantinopeler Korrespondent des „Standard“ seine Meldung aufrecht erhält, Deutschland werde vom Sultan einen Hafen in Syrien oder auf einer der türkischen Inseln erhalten.

Die deutschen Arbeiter haben allen Grund, den Vorgängen am Bosporus und im heiligen Lande mit all dem Mißtrauen zu folgen, das sie bisher stets gegen weltpolitischen Ueberschwang und Thatendurst gezeigt haben.

Französische und deutsche Zustände. Pharisäerhaft schlägt die „Post“ sich an die Brust und dankt Gott, daß unser deutsches Reich nicht so schlecht ist, wie die französische Republik, in der Zivildemokratie und Militärgewalt mit einander kämpfen, die verschiedenen Parteien mit einander kämpfen, kurz alles drunter und drüber gehe. Daß in Frankreich das politische Leben geräuschvoller ist als bei uns, das geben wir gern zu. Allein das kommt zum Theil von der Dicke unserer Gefängnismauern, die das Geräusch ersticken. Die Männer, welche in Frankreich die Regierung und den Generalstab so heftig angreifen, wären in Deutschland längst hinter Schloß und Riegel. Ein Labori, ein Jola hätten bei uns schwedische Gardinen. Oder glaubt die „Post“, ein Dreyfußfall wäre in Deutschland unmöglich? Der Lärm darüber — gewiß. Aber der Fall selbst? Der Fall Zietzen spielt in Deutschland nicht im wilden Frankreich: Der unglückliche und zweifellos unschuldige Zietzen sitzt jetzt fünfzehn Jahre im Zuchthaus, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Volksmassen und die Presse in Bewegung zu setzen, wie das in Frankreich für Dreyfuß geschehen ist. Da will es uns denn doch bedünken, wir hätten uns eher vor den Franzosen zu schämen, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Volksmassen und die Presse in Bewegung zu setzen, wie das in Frankreich für Dreyfuß geschehen ist. Da will es uns denn doch bedünken, wir hätten uns eher vor den Franzosen zu schämen.

In einem Punkt allerdings hat die „Post“ Recht. Bei uns sind Zivil- und Militärgewalt nicht im Kampf gegen einander. Das hat jedoch seine sehr guten Gründe. Bei uns

steht die Militärgewalt über der Zivildemokratie, und diese darf sich nicht rücken! In Frankreich dagegen ist die Zivildemokratie jetzt im Begriff, der Militärgewalt den Fuß auf den Nacken zu setzen und sie sich unterzuordnen. Das ist freilich für die „Post“ etwas sehr Schlimmes. Das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit wird aber denken: ach wären wir doch in Deutschland so weit!

Zum Sturz des Ministeriums Briffon schreibt unser Pariser Korrespondent:

Der Generalstab hat einen neuen Sieg über die Zivildemokratie davongetragen — das ist die wahre Bedeutung der Ministerkrise. Die galonirten und die parlamentarischen Beschützer und Mitschuldigen der Kaiserhand sind desto unumschränkter Herren der Situation, als ihr Sieg mit dem empörendsten Mittel der Persiflage, der Intrigue und der Heuchelei erschlichen werden konnte.

Eine Volksvertretung, die unter solchen Bedingungen ein Ministerium stürzt, ist zur Rolle eines Hausknechts des gefeierten Generalstabes reif.

Niemand in der Kammer zweifelte einen Augenblick daran, daß der Theaterstreich des Kriegsministers, General Chanoiné, ein mit dem Generalstab und mit dessen parlamentarischen Mundstücker Déroulède, von langer Hand vereinbartes Komplott war, ein „Dolchstoß in den Rücken“ des revisionsfreundlichen Ministeriums, nach dem treffenden Ausdruck des Bourgeoisien Blattes „Matin“. Der Eindruck, daß man es mit einem plump-frechen Promuziamento zu thun hat, war zunächst so überwältigend, daß selbst die Meline'schen Republikaner beschloßen, sich um das ihnen verhasste Cabinet als um die Verfechter der bedrohten Zivildemokratie zu schaaren. Aus dieser Stimmung heraus erwuchs die Resolution für die „Oberhoheit der Zivildemokratie“, welche 550 gegen 2 Stimmen vereinigte. Daß unter den 550 über 100 offene und versteckte Anhänger eines militärisch-monarchistischen Staatsstreiches sich befanden, daß nur zwei Staatsstreicher den Rath ihrer Ueberzeugung hatten, das steigerte eher die Bedeutung des Protestvotums gegen das Promuziamento des Kriegsministers. Aber drei Stunden später vernichtete die Kammer ihr Protestvotum, indem sie mit 286 gegen 254 Stimmen das Cabinet Briffon dem Generalstab opferte.

Die der jeuitische Streich des General Chanoiné, so steht der Sturz des Ministeriums einzig in der parlamentarischen Geschichte da. Es gab keine eigentliche Debatte — die Verhandlung über die Interpellationen war ja mit Zustimmung der Bourgeoisrepublikaner am 27. Oktober verflohen. Man kämpfte um Tagesordnungen, um Mißtrauens- und Vertrauensformeln, die erst das Ergebnis der vorhergehenden Debatte hätten sein dürfen und sollen, die das Ergebnis der nicht stattgefundenen Debatte vorausnahmen. Es war ein Kampf im Dunkeln, aus dem Hinterhalt — man möchte sagen: ein stummes Handgemenge, wenn die fehlenden Neben nicht durch einen wüthenden Lärm ersetzt wären.

Die Schuld an der schmachvollen Kapitulation vor dem Generalstab trifft in erster Linie den maßlossten Klüngel Meline's. Aus seiner Mitte wurde die „Einladung“ an die Regierung gerichtet, „der Verleumdungs-Kampagne gegen die Armee ein Ende zu setzen“ — ein verdecktes Tadelvotum, das Briffon zurückweisen mußte und das von der Kammer nach einer perfiden Ansprache Barthou's mit 206 gegen 243 Stimmen votirt wurde. Und das erwähnte schließliche Sturzvotum (die Verweigerung der Vertrauensformel) kam zu stande mit Hilfe des Gros der Bourgeoisrepublikaner.

Verlaßlich. Der Virettar der Parteien und die daraus entspringende Unberechenbarkeit der Kammer offenbarten sich ziffermäßig in den gestrigen vier Abstimmungen. Auf den krassen Widerspruch zwischen der Resolution für die Oberhoheit der Zivildemokratie und dem Sturzvotum wurde bereits hingewiesen. Außerdem fanden sich nacheinander: eine Mehrheit von 13 Stimmen, die ein offenes Tadelvotum wegen der Nichtverteidigung der Armee ablehnte; eine Mehrheit von 33 Stimmen, die ein verdecktes Tadelvotum (die besprochene „Einladung“ an die Regierung u. s. f.) annahm; schließlich eine Mehrheit von 32 Stimmen, die der Regierung ein Vertrauensvotum — und das zum Zwecke der „Verteidigung der Armee“ — verweigerte.

Andererseits aber gewinnt man den Eindruck, daß Briffon selber gestürzt werden wollte. Nicht nur hütete er sich, die Kernfrage des Kampfes zwischen Zivildemokratie und Militärgewalt zu berühren, um die Kammer auf die Gefahr einer Ministerkrise in den gegebenen Umständen aufmerksam zu machen. Das konnte man ja von dem schwächlichen Politiker nicht erwarten, der sich nacheinander von zwei militärischen Kriegsministern hatte pressen lassen, der bis zuletzt in Sachen Picquart sich vor dem Generalstabe gebeugt hatte. Aber Briffon unterließ es auch, die parlamentarische Persiflage der Meline'schen Leute ins helle Licht zu rücken und so vielleicht das Manöver zu vereiteln. Der alte Herr ist sterbensmüde. Der Revisionsbeschluß hatte sein bißchen Energie erschöpft. Mit ihm dankt die radikale Partei in die Hände des Generalstabes ab, wie sie mit Leon Bourgeois 1896 vor dem Senat kapitulirt hatte.

Deutsches Reich.

Reichstags-Eröffnung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt mit: In den Blättern wird der 29. November als der Termin angegeben, an welchem der Reichstag durch den Kaiser werde eröffnet werden. Wir sind nicht in der Lage, diese Meldung bestätigen zu können, halten es aber gleichfalls für wahrscheinlich, daß die Eröffnung des Reichstags ungefähr zu dem gleichen Zeitpunkt, an welchem die letzte Session ihren Anfang nahm, 30. November, erfolgen wird.

Der Entwurf eines Hypothekendarlehen-Gesetzes befindet sich noch, wie die Nordd. Allg. Ztg. mittheilt, im Reichs-Justizamt. Die Beratungen der Bundesregierungen zu demselben werden in nächster Zeit erwohrt. Der Entwurf wird dem Reichstag nicht gleich nach Eröffnung, sondern später zugehen.

Die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, welche jetzt dem Bundesrath vorliegt, sieht, wie die „Berl. Vol. Kor.“ mittheilen, eine Vereinfachung in der Berechnung der Altersrenten vor. Es soll als Altersrente künftig neben dem beibehaltenen festen Reichszulage von 50 M. lediglich der neue Grundbetrag der Invalidenrente gewährt werden. Dieser aber soll nicht mehr, wie es gegenwärtig der Fall ist, für alle Lohnklassen auf den gleichen Betrag von 60 M. bemessen, sondern nach Lohnklassen abgestuft werden. Er soll sich fortan

*) Die Nachricht wird von offiziöser Seite in Abrede gestellt, wird aber von der „Fremd-Assoziation“ aufrecht erhalten. Dieselbe Agentur bringt soeben die Meldung, daß die Admiralität in Glasgow 17 neue Kriegsschiffe (4 Linienfahrzeuge, 1 Kreuzer erster Klasse und 12 Torpedojäger) bestellt habe.

Verkaufen für die Lohnklasse I auf 60 Mark, für II auf 50 Mark, für III auf 40 Mark, für IV auf 30 Mark, für V auf 20 Mark. Sind während der Versicherungsdauer Marken aus verschiedenen Lohnklassen beigebracht, so wird aus diesen Beträgen ein Durchschnitt berechnet. Eine Berechnung nach Beitragswochen soll fortan bei der Altersrente nicht mehr stattfinden.

Die obigen Beträge der Grundrente — welche also fortan neben dem festen Nachschuß von 50 M die Altersrente bilden sollen — stehen bei den vier unteren Lohnklassen zu einander in denselben Verhältnisse (2 : 3 : 4 : 5) wie jetzt die Altersrente; die neue fünfte Lohnklasse tritt (mit 6) in dieselbe Stufenreihe ein, und diese wird in der Novelle allgemein, auch bei den neuen Steigerungen der Invalidenrente sowie bei den Beiträgen zu den einzelnen Lohnklassen durchgeführt.

Eine Veranschlagung der künftig in den Genuss der Altersrente eintretenden Personen wird durch deren anderweitige Bemessung nicht herbeigeführt, vielmehr werden dadurch die Altersrenten allgemein um rund 8 pCt. erhöht.

Die Wartezeit ist für beide Rentenarten herabgesetzt; sie beträgt bei der Altersrente bisher: 30 Beitragsjahre zu 47 Wochen (1410 Wochen), nach der Novelle: 2000 Beitragswochen; bei der Invalidenrente bisher: 5 Beitragsjahre zu 47 Wochen (235 Wochen), nach der Novelle: 200 Beitragswochen.

Von einer Herabsetzung der Altersgrenze mußte abgesehen werden wegen der großen Mehrkosten.

So weit die V. V. R. Eine Versprechung dieser Regierungsbehörde behalten wir uns vor.

Der auswärtige Handel Deutschlands. Die Gesamteinfuhr in den neun Monaten Januar bis September 1898 beträgt 81 242 381 Tonnellen gegen 29 235 589, daher mehr 51 006 792. Edelmetalle: 803. Hauptsächlich haben zugenommen: Holz (672 550), Getreide zc. (668 117), Erden, Erze (310 282), Droguerie zc. Waaren (209 324), Steine zc. (101 871). Am meisten von den 14 Zolltarif-Nummern mit geringerer Einfuhr sind Material zc. Waaren (180 020), dann Abfälle (95 627) zurückgegangen.

Die Gesamtausfuhr in den neun Monaten Januar bis September beträgt 22 176 706 Tonnellen gegen 20 194 188, daher mehr 1 982 518. Edelmetalle: 386. An der Zunahme sind 27 von 43 Zolltarif-Nummern beteiligt und darunter hauptsächlich: Kohlen (1 529 087), Eisen und Eisenwaaren (222 878), Getreide (188 094). Erheblich ist die Ausfuhr von Material zc. Waaren (140 109) zurückgegangen.

Einfuhrwerte für die drei Vierteljahre 1898 nach den für 1897 festgesetzten Einheitswerten in 1000 M.: 3 981 494 gegen 3 538 864 im Vorjahre, daher mehr 442 630. Edelmetalle: 231 177 gegen 101 634.

Ausfuhrwerte für die drei Vierteljahre 1898 nach den für 1897 festgesetzten Einheitswerten in 1000 M.: 2 892 173 gegen 2 520 545, daher mehr 371 628. Edelmetalle: 149 277 gegen 136 308.

Gestiegen ist hauptsächlich der Einfuhrwert (in Millionen Mark) von Baumwolle zc. (25), Erden, Erzen, Edelmetallen (13), Flach zc. (15), Getreide (98), Holz (41), Material zc. Waaren (35), Del zc. (21), Seide (10), Wolle zc. (34), während die Einfuhr von Vieh und Abfällen um je 8 Millionen Mark zurückgegangen ist.

Gestiegen ist hauptsächlich der Ausfuhrwert (in Millionen Mark) von Droguerie zc. Waaren (20), Eisen und Eisenwaaren (27), Erden, Erzen, Edelmetallen (15), Getreide (13), Instrumenten, Maschinen zc. (12), Kupfer zc. (6), Seide und Seidenwaaren (6), Kohlen (17), während die Ausfuhr von Glas und Glaswaaren (5), Kleidern, Leibwäsche und Putzwaaren (7), Material zc. Waaren (22), Wolle und Wollewaaren (19) zurückgegangen ist.

Preussische Schulzustände. Die Regierung zu Königsberg giebt folgendes Bild von den Verhältnissen der Schulbauten in ihrem Bezirk:

Abgesehen von den zahlreichen Fällen, in denen die vorhandenen Schulhäuser wegen ihrer Unzulänglichkeit und Unfähigkeit dringend des Neubaus bedürfen, sind noch immer 188 Schulhäuser und 151 Lehrerwohnungen in Reichsräumen untergebracht, welche in ihrer räumlichen Ausdehnung und sonstigen Ausstattung auch nicht den elementarsten Anforderungen der Hygiene entsprechen. Von 28 Schulen, welche seit dem Jahre 1879 im Kreise Memel noch und nach eingerichtet worden sind, befindet sich erst eine einzige (Janitschen) im Besitz eines eigenen Schulhauses, aber auch hier fehlt noch das menschenwürdige Schulhausgebäude. Die übrigen Schulen müssen sich mit Mängelstellen begnügen, welche zwar als Nothbehelf für kurze Zeit ausreichen möchten, aber zu einer mehr als zehnjährigen Benutzung völlig ungeeignet waren. Dazu kommt, daß der Fortbestand dieser Schulen sofort in Frage gestellt wird, sobald die Vermietter von ihren Verträgen zurücktreten, denn andere zu Schulzwecken geeignete Mängelstellen würden überhaupt nicht zu beschaffen sein. Die weitere Existenz der Schule zu Clauspopen, wo die Miethwohnung des Lehrers gelündigt wurde, ließ sich nur dadurch ermöglichen, daß der Lehrer seinen Wohnsitz nach der dreizehn Kilometer entfernten Stadt Memel verlegte, von wo er sich täglich mit der Eisenbahn zur Unterrichtsertheilung nach Clauspopen begeben mußte.

Die Schule zu Alt-Kaletta im Kreise Memelstein und Marienselde im Kreise Osterode, welche gleichfalls in Reichsräumen untergebracht waren, mußten aufgehoben werden, weil die betreffenden Mängelstellen von dem Besitzer nicht mehr zur Verfügung gestellt wurden und andere nicht aufzutreiben waren. In Wagly im Kreise Osterode, wo eine zweiklassige Schule mit zwei Lehrern vorhanden ist, steht seitdem das Schulhaus vor etwa drei Jahren abgebrannt ist, zu unterrichtlichen Zwecken nur ein einziges Zimmer zur Verfügung, in welchem beide Klassen nach einander unterrichtet werden; es ist 5,8 Meter lang, 5 Meter breit und 2,50 Meter hoch; dabei befinden sich in der ersten Klasse 82 und in der zweiten Klasse 77 Kinder. In Warmwalde, Kreis Osterode, in Seeben, Kreis Reidenburg, in Feldonowitz und in Rodsch, Kreis Ortelsburg, wo die Schulhäuser in den Jahren 1890 bzw. 1895 und 1896 abgebrannt sind, liegen die Verhältnisse auch nicht viel günstiger.

Die Regierung selbst muß das Vorhandensein derartiger mangelhafter Schulzustände feststellen. Und doch geschieht nichts, um dieselben endlich aus der Welt zu schaffen!

Die Erhebungen über die Fleischnoth in Preußen werden sich auf folgende Punkte erstrecken: Es soll eine Uebersicht gegeben werden über die Preise, die seit dem 1. Januar 1896 bis jetzt in Hauptmarkorten im Kleinhandel für ein Kilogramm Rindfleisch, Schweinefleisch und Speck in monatlichen Durchschnitt bezahlt wurden. Außerdem soll Auskunft gegeben werden über etwaige Verschärfungen der Bevölkerung und über Schwankungen des absoluten und relativen Fleischverbrauchs sowie über die Viehzucht und -Ausfuhr.

In den letzten Tagen hat sich auch der Magistrat von München mit der Fleischtheuerung beschäftigt und beschlossen, die Regierung zu ersuchen, 1. die der Bevölkerung so schädliche Abzweigung der Grenze gegen Schlachtvieh aufzuheben; 2. den Schlachtzwang für in die Schlachthöfe eingeführtes österreichisch-ungarisches Großvieh von 3 auf 5 Tage zu verlängern. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag des Reichsraths-Angeser angenommen, die Regierung zu ersuchen, sie möge bei Würdigung des neuen Zolltarif-Entwurfs der Aufhebung des Fleischzollens ihre Aufmerksamkeit zuwenden, da der Zoll das Fund Fleisch um 5 Pfennige vertheuert und doch trotz seines jahrelangen Bestehens die Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig gemacht habe.

„Sozialdemokratische Esamotage“ betitelt die Stumm'sche „Post“ einen Leitartikel, in dem sie sich abmüht, unseren Bemerkungen über die Dehrede des Kommerzienraths Lueg-Oberhausen die Spitze abzubrechen. Diese Dehrede sei ganz „selbstverständlich“ gewesen, und die Orenhausener Klafferde (die recht respektvoll mit der Lueg-Rede zusammengepöppelt wird) habe sich nicht gegen das Koalitionsrecht gerichtet. Nun, mit solchen

Phrasen und Lügen wollen wir unsere Zeit nicht vergeblich machen. Wir wollen bloß sagen, was die „sozialdemokratische Esamotage“ sein soll. Die „Esamotage“ besteht darin, daß wir die sozialdemokratische Partei an die Stelle der Arbeiterbewegung schieben, beides für uns erklären. Was die sozialdemokratische Propaganda“ soll getroffen werden — nicht die Arbeiterbewegung und bei Leibe nicht das Koalitionsrecht. Wir kennen das Lied. Und die deutschen Arbeiter kennen es. Sie wissen, für die Stumm, Lueg und Konforten ist jeder Arbeiter, der für das Koalitionsrecht eintritt, ein Sozialdemokrat, der ins „Fuchshaus“ geschickt werden muß. Und gelingt es den Stumm, Lueg und Konforten, außer dem „Fuchshausgeheiß“ auch noch ein Anarchistengeheiß durchzubringen, so verandelt sich über Nacht dann noch jeder Sozialdemokrat in einen Anarchisten.

Uebrigens ist der Artikel der „Post“ so unmöglich und in so elendem Deutsch geschrieben, daß Herr Stumm selbst ihn geschrieben haben könnte.

Eine Magdeburger Gerichtsverhandlung. Vor dem Landgericht in Magdeburg hatte sich am Montag Redakteur Müller von der „Volksstimme“ wegen angeblicher Verletzung des Strafgesetzbuchs zu verantworten.

Müller hatte im Februar d. J. in der „Osterrischen“ einen Vortrag über das Schuldrecht des Grafen Potodowich gehalten. Hierbei hatte er, um nachzuweisen, daß es einer Verschärfung des § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht bedürfe, eine Reihe charakteristischer Urtheile angeführt, die größtentheils von Hamburger Gerichten während und nach dem großen Hafenarbeiter-Streit gefällt wurden, und daran die Schlussfolgerung geknüpft, daß es unteren Richtern schon auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sei, bei Strafrechtswidrigkeiten recht schwere Strafen zu verhängen. Unter anderen hatte der Angeklagte auch der Entscheidung des freilebenden Arbeiters Vuderus durch den sogenannten Arbeitswilligen Lemble gedacht, welcher nicht bestraft worden sei, wohl aber Genosse Wabersky, der Redakteur des „Hamburger Echo“, der die Unterlassung der Strafverfolgung des Lemble kritisiert und sich hierbei einer Beleidigung des Hamburger Staatsanwalts schuldig gemacht habe.

Der die Verlesung überwachende Werdarm will nun gehört haben, daß der Angeklagte hierbei von einer „Schandthat“ gesprochen hätte, während Müller dies bestritt. Die Anklagebehörde nahm an, daß die von Müller angeführten Urtheile entstellt wiedergegeben worden seien; Müller wies nach, daß dieselben erdichtet oder entstellt seien, habe dadurch eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, insbesondere des Richteramtes beabsichtigt. Der Angeklagte bestritt dieses. Er behauptete, die Urtheile seien nicht erdichtet und entstellt, wenn dieses der Fall gewesen sei, hätte die Staatsanwaltschaft ganz gewiß Strafantrag gestellt gegen die Zeitungen, die die Urtheile entstellend wiedergegeben haben. Das sei aber nicht der Fall.

Die Verlesungsaufnahme ergab, daß die von Müller wiedergegebenen Urtheile in derselben Weise im „Hamburger Echo“ mitgeteilt worden sind, wie vom Angeklagten.

Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger forderte Freisprechung, da Müller nicht den gesamten Richterstand kritisiert habe, sondern nur einzelne Urtheile; Urtheile seien aber keine Staatseinrichtungen, folglich könne von einer Verächtlichmachung aus § 151 keine Rede sein. Falls der Angeklagte über den Richterstand eine berechtigten Kritik hinausgegangen sei, könne er sich höchstens einer Beleidigung schuldig gemacht haben. Ein dahingehender Strafantrag sei aber nicht gestellt. Nach längerer Verhandlung fällt der Gerichtshof folgenden eigenartigen Spruch:

Die Hauptverhandlung wird vertagt; da ein Strafantrag wegen Beleidigung nicht vorliegt, wird der Staatsanwaltschaft anheimgegeben, für einen Strafantrag seitens der Beleidigten zu sorgen.

In dem Beschlusse des Gerichts fällt und das völlige Mißverstehen des Begriffs des Antragsdelikts auf. Das Wesen desselben besteht darin, daß sich die Staatsgewalt, insbesondere der Richter jedes Eingreifens gegen den Angeklagten zu enthalten hat, so lange nicht ein vom Verletzten gestellter Strafantrag vorliegt. Vorher ist und darf die betr. Straftat nicht für den Richter existieren. Dadurch unterscheidet sich das Antragsdelikt von demjenigen Straftaten, welche das Einschreiten der Staatsgewalt nur an eine Ermächtigung des Verletzten knüpfen. Wenn der Richter die Anrechnung dazu giebt, daß eine Verlesung eintritt, was lediglich Sache des Staatsanwalts, bei Antragsdelikten aber, wie dies die Beleidigung ist, auch nicht einmal Sache des Staatsanwalts, sondern einzig und allein des Beleidigten selbst ist, so ist damit eins der stärksten Werkzeuge unseres Strafgesetzbuchs zu Gunsten des Angeklagten niedergezissen.

Wie sich unseres Erachtens der Gerichtshof hierin über seine Aufgabe irrt, war der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichts-Direktor Fromm, auch noch im Urtheil darüber, was in einem Gerichtsfall gehört und was nicht. Nach dem Bericht der „Volksstimme“ soll er während der Verhandlung dem Angeklagten erklärt haben:

„Sozialdemokraten hätten doch genug mit sich selbst zu thun, sie sollten sich um ihre Parteihäupter bekümmern, die prächtige Villen am Jülicher See besäßen, und nicht um andere Angelegenheiten.“

Sind denn in Magdeburger Gerichtsällen Sozialdemokraten nicht einmal mehr vor den deplazirtesten Bemerkungen sicher? Da wäre es doch wahrhaftig einmal Zeit, daß die Justiz-Aufsichtsbehörden mit einem Donnerwetter dazwischen führen.

Aus Eibersfeld wird uns geschrieben: Bei Gelegenheit der Einführung eines neuen Verwaltungsbeamten hielt der hiesige Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Dr. Jäger eine kurze Ansprache, in welcher er u. a. bemerkte: „Wir Beamten sind wegen der Bürgerpflicht da und nicht der Bürger wegen der Beamten. Ein Mann, der aus dem Rathhaus kommt in der geschickten Stimmung und unheimlich behandelt wird, von dem kann man sicher annehmen, daß er die Verwaltung nicht unterstützen wird. Wir bedürfen der Unterstützung womöglich aller Kräfte, um die Ziele unserer kommunalen Aufgabe möglichst zu erreichen. Ich bitte Sie deshalb, darauf zu achten, daß in dem Ihnen anvertrauten Verwaltungszweige dieser Grundgedanke streng beobachtet wird.“

— Das, was hier der Oberbürgermeister sagt, ist eigentlich so selbstverständlich, daß darüber kein Wort zu verlieren wäre. Bezeichnend für die preussisch-deutschen Zustände ist es nur, daß ein solcher Ausspruch aus dem Munde eines deutschen Beamten besonders auffällt und ein gewisses Aufsehen erregt.

Dem braunschweigischen Landtage ist jetzt ein neues PolizeStrafgesetzbuch zugegangen, das unsere Minder in die heißte Freude versetzen wird. Aus dem Inhalte dieser Vorlage sei folgendes mitgeteilt: Während z. B. seit einigen Jahren schon am Sonabend öffentliche Tanzlustbarkeiten u. s. w. nur bis 12 Uhr abends stattfinden dürfen, verbietet die neue Gesetzvorlage am Sonabend nach 12 Uhr auch alle von Privatpersonen veranstaltete oder in geschlossenen Gesellschaften stattfindende Tanzlustbarkeiten zc. Ist eine solche Bestimmung wirklich zur „Heiligung“ des Sonntags nötig? Und was für Vortheile macht man erst für den Sonntag selbst! Zur Probe nur folgende Bestimmung aus dem Gesetz: „An Sonn- und Festtagen sind bis 3 Uhr nachmittags alle Musikausführungen (mit Ausnahme der Oratorien und geistlichen Konzerte außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes), Schaustellungen und theatralische Vorstellungen, ferner Wettkämpfe und alle mit Störung der Sonntagsruhe verbundenen gesellschaftlichen Vereinigungen und Vergnügungen an öffentlichen Orten, das Spiel, das Scheiben- und Bogenschießen, die Vergnügungsschiffenfahrten, desgleichen alle die Sonntagsruhe störenden Belustigungen in Privaträumen oder Privatgärten sowie auch das Fischen verboten.“

Das „Volk“ sucht diese miederliche Verordnung als im Interesse der Arbeiter liegend hinzustellen, was natürlich vollständig verfehlt ist.

Hamburg, 26. Oktober. Ausweisungen en gros. In Bestoft und Apenrade sind gegen dreißig dänische Unterthanen mit 24stündiger Frist, ohne Angabe der Ursachen, des Landes verwiesen worden, darunter die Buchhalterin des Blattes „Sejndal“ in Apenrade. Die genaue Zahl der Ausweisungen ist noch nicht bekannt. — Herr von Köller scheint die Germanisirung Nordischs mit „Waldmännchen“ betreiben zu wollen. Aber mit der von ihm angewendeten Methode wird er sicherlich die Bevölkerung nur verbittern, aber nicht sein Ziel erreichen.

Sächsisches. Ein kurioses Urtheil hat das Schöffengericht in Plauen i. V. gefällt. Der verantwortliche Redakteur des „Vogel-Anzeigers“ (Amtsblatt) hatte in seinem Blatte eine unwahre Behauptung in bezug auf die „Neue Vogell-Zeitung“ aufgestellt. Es wurde ihm deshalb eine dem § 11 des Preßgesetzes durchaus entsprechende Verächtlichmachung zugehandelt, deren Ausnahme der Amtsblatt-Redakteur aber verweigerte. Er wurde nunmehr deshalb verurteilt. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, und zwar unter einer Begründung, welche allgemein bekannt zu werden verdient. Das Gericht führte nämlich aus, daß man von einem Redakteur nicht verlangen könne, von sich selber zu sagen, daß er in seiner Zeitung die Unwahrheit behauptet habe. Die Richter haben sich also mit diesem kassischen Urtheil in der offenbaren Weise über die klaren Bestimmungen des § 11 des Preßgesetzes hinweggesetzt.

München, 27. Oktober. Der Prozeß Björnson's gegen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wegen deren Artikel über Björnson's Veröffentlichung einer angeblichen Kennerung des Reichs-Lanzlers zu Professor Lenbach betreffend den Prozeß Drehsus endete mit einem Vergleich. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erklären, daß sie die persönliche Ehre Björnson's nicht haben angreifen und ihm keine unehrenhaften, unlauteren Motive haben untergeschoben wollen, sie halten aber die gedruckte sachliche Kritik aufrecht.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Münchener Zeitungsjäger aus Vogurtz (Kreis Styriz) zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

Ueber die Ausschlebung des südlichen Hinterlandes von Kamerun waren in letzter Zeit Meldungen aus Bessien in der deutschen Presse verbreitet, wonach eine deutsch-belgische Kamerun-Gesellschaft im Entschließen begriffen ist. Diese Meldungen werden jetzt bestätigt. Das Entschließen einer deutsch-belgischen Gesellschaft ist Thatsache. Früher hatte Lieutenant v. Carnap-Quernhelm bei seinem Zuge von Jamba nach dem südlichen und südöstlichen Kamerungebiet durch das französische Kongogebiet und in den belgischen Kongostaat am Tanga französische, belgische und holländische Faktoreien vorgefunden, die dort festen Fuß gefaßt hatten, bevor das deutsche Handelsinteresse sich diesen Gegenden zugewandt hatte. Nun haben sich deutsche, speziell hamburgische Firmen die Erschließung dieses Gebiets für den deutschen Handel zur Aufgabe gemacht. Ohne die Mitarbeit der am Kongogebiet interessierten Belgier wäre die Lösung dieser Aufgabe jedoch schwerlich möglich, da die Nähe der Kongobahn den Transport nach dieser Weist.

Frankreich. Paris, 27. Oktober. Der Forschungsreisende Geh. welcher von dem „Natu“ nach Guyana gefahren war, um Informationen über Drehsus einzuholen, berichtet, Drehsus werde wie ein Hellen-gesangener behandelt und sei eine Zeit lang in Ketten gelegt worden. Drehsus habe von der zu Gunsten der Revision eingeleiteten Aktion Kenntniß.

Die Verleihung des Kreuzes der Ehrenlegion an das Mitglied des Munizipalrathes Kavarre wird hier lebhaft besprochen, weil Kavarre auch Mitglied der sozialistisch-revolutionären Gruppe ist.

Paris, 27. Oktober. Nach einer Meldung des „Eclair“ aus London sollen sich Salisbury und der französische Vorkämpfer Courcel über die Grundfrage einer Regelung der Fashoda-Frage untereinander verständigt haben.

Toulon, 27. Oktober. Die Truppen, welche dazu bestimmt sind, die hiesigen Garnisonen theilweise zu ersetzen, sind heute früh um 5 Uhr mittels Extrazügen hier eingetroffen. Heute Abend werden zwei Batterien Artillerie aus Grenoble, sowie Infanterie-Abtheilungen aus Arles und Nimes erwartet. In allen Kasernen herrscht reges Leben und in den Arsenalen heftige Thätigkeit. An der Instandsetzung der Reservegeschiffe wird ununterbrochen gearbeitet.

Italien. Die Attentats-Mecherei wird epidemisch. Merkwürdigerweise richteten sich die Attentate namentlich gegen den einheimischen König Umberto und seinen Freund Crispi, die so unsägliches Leid über Italien gebracht haben, sondern gegen den deutschen Kaiser, der in Italien niemandem etwas zu Leid gethan hat. Hier ein neues Beispiel von Attentats-Mecherei. Soeben erhalten wir einen Brief, der uns über das Schicksal eines seit drei Monaten rathselhaft verschollenen jungen Italieners aufklärt. Dieser reiste nach den deutschen Bahnen in seine Heimath zurück. Er wollte sofort schreiben. Allein kein Brief kam. Jetzt erfahren wir, daß unser Freund gleich nach seiner Rückkunft unter der Anklage verhaftet wurde, ein Attentat auf den deutschen Kaiser zu planen. Selbstverständlich war das eine blödsinnige Einbildung. Die Anklage ließ sich nicht aufrecht erhalten. Allein die Polizei hatte bei dem Verhafteten ein Gedicht gefunden, das sie für anführerisch erklärte. Und unser junger Italiener, dem nichts ferner lag als Anarchisterei und Aufruhr, wurde zur Strafe dafür, daß er kein Attentäter war, zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. So geht's in Italien zu.

England. London, 27. Oktober. Die liberale Partei hat gestern eine Tagesordnung angenommen, in welcher ihre Mitglieder aufgefordert werden, alle Anstrengungen zu machen, um einen Konflikt zwischen den beiden liberalsten Nationen Europa's, Frankreich und England, zu verhüten.

Rußland. Aus Petersburg wird berichtet: Auf mehreren in der letzten Zeit stattgefundenen M Alexander Kongressen wurde beschlossen, die Regierung darum zu ersuchen, eine Prämie zur Aufmunterung festzusetzen, wodurch denn in Zukunft die Ausfuhr von Weis sich heben würde. Außerdem wünschte man eine Herabsetzung des Tarifs für Eisenbahn-Transporte aus dem Süden nach Odessa. Die Ermäßigung soll nach dem Wunsch der Müller 15 pCt. betragen.

Die jüdische Arbeiterbewegung in Westrußland hat, wie uns von unserem russisch-jüdischen Genossen mitgeteilt wird, durch die im August dieses Jahres erfolgte Verhaftung von gegen 80 Personen und durch die gleichzeitig damit erfolgte Konfiskation von drei geheimen Druckereien keinen dauernden Schaden erlitten. Wie wenig der Schlag die Bewegung getroffen hat, ist daraus zu ersehen, daß in Wilna bereits an dem unmittelbaren auf die Verhaftungen folgenden Tage ein gedrucktes Flugblatt unter den Arbeiterkreisen verbreitet wurde, in welchem diese Arbeiter ermahnt wurden, an den Errungenschaften ihrer früheren Streiks festzuhalten. Bald darauf fand in Belostok die Verbreitung eines anderen Flugblattes statt, in welchem es hieß, es sei speziell herabgegeben, um der Regierung zu zeigen, daß den jüdischen Arbeitern weitere geheime Druckereien zur Verfügung stehen und sie keineswegs geionnen sind, ihren Verleumdungslampfen anzugeben. Mitte September erschien in einer anderen Stadt die erste Nummer der Zeitung „Der Klassenkampf“ des lokalen Organes der jüdischen Arbeiter dieser Stadt.

Da jedoch die Massenverhaftungen eine Neuregelung der Verhältnisse der jüdischen Arbeiterbewegung geboten erschienen liegen, ist vor kurzer Zeit die zweite Parteikonferenz der jüdischen Sozialdemokratie in Rußland und Polen einberufen worden (die erste, auf welcher der Allgemeine jüdische Arbeiterbund Rußlands und Polens gegründet worden ist, hat, worüber seinerzeit im „Vorwärts“ berichtet wurde, im Herbst

des vorigen Jahres getagt). Auf der diesjährigen Konferenz waren anwesend Delegierte aus vielen Städten Westrusslands, wie auch ein Vertreter des Bundes der jüdischen Arbeitermänner Polens und Litthauens. Unter anderem hat die Parteikonferenz die folgenden Beschlüsse gefasst: Der Allgemeine jüdische Arbeiterbund hält fest sowohl an seinem bisherigen Programm als auch an der bisherigen Taktik; die Beziehungen des Bundes zu den nicht jüdischen sozialdemokratischen Organisationen in Russland bleiben die früher festgelegten; als Organe des jüdischen Arbeiterbundes werden auch weiterhin erscheinen in Russland „Die Arbeiterstimme“ und im Auslande „Der Jüdische Arbeiter“. Da sich das dringende Bedürfnis geltend gemacht hat, einen Stamm von Arbeitern heranzubilden, welche die theoretische Arbeit haben, die erforderlich ist, um eine leitende Stellung in der Arbeiterbewegung einzunehmen, wurde ferner beschlossen, eine Serie wissenschaftlich-sozialistischer Schriften in jüdischer „Jargon“ herauszugeben, in erster Linie die jüdische Uebersetzung des russischen „Ersterer Programms“ und des „Kommunistischen Manifests“; um denselben Bedürfnisse zu genügen, soll fortan der „Jüdische Arbeiter“ den Charakter einer populär-wissenschaftlichen Zeitschrift erhalten. Eine Reihe anderer Beschlüsse der Parteikonferenz kann aus naheliegenden Gründen nicht veröffentlicht werden.

Türkei.

Arreta war Jahrzehntlang ein Name, den man bloß auszusprechen brauchte, um vor dem Hörer das Bild graulichster Mißwirtschaft und Anarchie aufsteigen zu lassen — das Bild bestialischer Grausamkeit im von der Natur hochbegnadeten Land — das Bild der Hölle inmitten eines Paradieses. Und der böse Dämon, der diese Hölle inmitten eines Paradieses geschaffen hatte — das war der Türke. Der fessende, brennende, mordende Türke. Tag für Tag ist in hunderten von Zeitungen das Bild mit allen Greueln vor- und ausgemalt worden. Und mit stilllicher Enttäuschung ward im Namen der Menschlichkeit gepredigt: der Herrschaft der Türken müsse ein Ende gemacht werden.

Wer da sein Urteil nicht ganz gefangen gab, der wurde allerdings sühlig durch die Thatsache, daß gerade die Regierungen, deren Zeitungen am meisten auf die Türken schimpften, die russische und die englische — jene in diesem Jahre in Indien — selber, und zwar auf größtem Maßstab, alle die Greuel verübten, deren sie die Türken beschuldigen. Und die zwei Hungerrevolutionen mit obligaten Megeleisen in Italien halten doch wohl den armenischen und kretischen „Türkengreuel“ vollständig die Waage, auch wenn man alles als wahr annimmt, was darüber erzählt wird.

Wie dem nun sei, die stillliche Entrüstung über die Zustände in Arreta wurde zuletzt so groß, daß das vereinigte Europa sich entschloß, der türkischen Mißwirtschaft und thätlich auch der türkischen Herrschaft ein Ende zu machen. Das „europäische Konzert“ ging los. Freilich in Wirklichkeit eine europäische Kagenmusik — und die verschiedenen Mächte wie Hunde und Katzen. Vor dreißig Jahren fing die vereinigte Kultur- und Staatsweisheit Europas an, das Friedens- und Ordnungswort auf Arreta durchzuführen. Es bestand darin, daß man den Türken die Hände band und die „Christen“ im Innern rauben und mord-brennen ließ. Da der Anblick der türkischen Truppen die zarbelatteten Herzen der „Christen“ aufregte, so hat man diese Truppen jetzt — unter Kriegsdrohungen an die Türkei — aus dem Lande geschafft, ein paar Türken, die nicht ruhig zusehen, als ihnen ihre Delinquenten christlich verbrannt wurden, zur Ehre christlicher Nächstenliebe an den Galgen gehängt, und nun fähigen die freitlichen „Christen“ sich so wohl, daß sie in aller Ruhe die noch nicht niedergebrannten türkischen Oelbäume verbrennen. Sogar die türkenhässliche „Vossische Zeitung“ sagt, die Anarchie sei weit schlimmer als je unter der Herrschaft der Türken, und nach den neuesten Berichten ist von den Admiralen thätlich das Standrecht proklamiert worden.

Es wird schwer sein, ein Seitenstück zu dieser scham- und ehrelosen Komödie der Heuchelei und Lüge zu finden (denn sie ist die Triebfeder des ganzen „Konzerts“) in den Annalen der Geschichte zu entdecken.

Und wenn man denkt, daß dieses „Konzert“ jetzt die Welt vom „Anarchismus“ befreien will — wer laßt da nicht?

Jedenfalls laßt die russische Regierung. Sie stellt heute in der „Nowoje Wremja“ dem „europäischen Konzert“ ein vorzügliches Zeugnis aus und sagt, es habe die freitliche Frage so gut gelöst, daß man mit Sicherheit erwarten könne, es werde auch im ganzen Orient den Frieden erhalten. Oasien rechnet man in Russland nicht zum Orient. —

Asien.

Peking, 26. Oktober. In einer gestern abgehaltenen Versammlung des diplomatischen Korps wurde beschlossen, die sofortige Entlassung der Soldaten zu verlangen, welche die englischen Ingenieure angegriffen haben. Das Tung-li-Jamen gewährte sofort dieses Verlangen. Der englische Gesandte Macdonald beantragte unabhängig hiervon die Verstrafung der Soldaten. Die Kaiserin-Regentin erließ einen Befehl, durch welchen Hu-hü-fen, der Generaldirektor der Eisenbahnen, beauftragt wird, eine exemplarische Verurteilung der Schuldigen eintreten zu lassen. —

Amerika.

Altagel, der Gouverneur von Illinois, welcher vor einigen Jahren die noch lebenden Opfer des Chicagoer Justizmordes der Freiheit zurückgab, war lange gefeiert von den Arbeitern, die in ihm einen Vertreter ihrer Rechte und Interessen erblickten. Er war aber in Wirklichkeit nur ein philanthropischer Bourgeois, der, auch theils aus Verehrung, jenen Akt der Gerechtigkeit verrichtete. Mehr und mehr kam der Bourgeois bei ihm zum Durchbruch, und für die jetzt in Amerika bevorstehenden Wahlen benutzte er seine Beliebtheit bei den Arbeitern, um diese für Bourgeois-Kandidaturen zu gewinnen. Die „New-Yorker Volkszeitung“ bringt deshalb in ihrer Nummer vom 16. d. M. einen scharfen Artikel gegen ihn, mit der Ueberschrift: „Altagel, ein gefährlicher Feind der Arbeiterklasse.“ —

Der

Dreyfus-Prozess vor dem Kassationshof.

Paris, 27. Oktober.
Die heute Mittag zeigten sich keine Manifestanten in der Umgebung des Justizpalastes. Die Gitter des Palastes sind geschlossen und die Absperrung ist streng. Gegen Mittag stellten sich einige kleine Gruppen Reugieriger ein, welche die Polizei-Agenten indessen sofort zum Weitergehen veranlaßten. Zwischen 12 und 12 $\frac{1}{2}$ Uhr trafen einige nationalistische Deputierte am Justizpalast ein; ihre Anwesenheit ging jedoch un bemerkt vorüber. Im Innern des Justizpalastes sind sehr strenge Maßnahmen getroffen.
Die Sitzung wurde mittags eröffnet. Der Saal ist überfüllt; unter den Anwesenden befinden sich Frau Dreyfus und die Advokaten Demange und Labori. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergreift der Berichterstatter Ward das Wort.

Berichterstatter Ward.

Er erinnert zunächst an die Erregung, welche die Frage der Revision des Prozesses Dreyfus hervorgerufen hat und an die Standpunkte, welche harrig gehalten haben, ehe die Justiz mit dem Revisionsantrag befaßt wurde und geht dann dazu über, einen historischen Ueberblick über die Beurteilung Dreyfus zu geben.

Nach dem historischen Ueberblick zählt Berichterstatter Ward die verschiedenen Versuche auf, die gemacht wurden, um die Revision des Prozesses Dreyfus herbeizuführen; er erinnert an die Anzeige gegen Esterhazy, an die Affäre Henry und an den Revisionsantrag der Frau Dreyfus, der auch darauf begründet ist, daß das Vorderbureau von der Hand Esterhazy's sein sollte. Ward fügt hinzu, hinter diesen Thatsachen stehe ein Verdacht, der den Revisionsantrag rechtfertige, und legt dann auseinander, wie Frau Dreyfus behauptet, daß das Vorderbureau nicht von ihrem Manne stamme. Ward unterzieht dann die Berichte der Sachverständigen, welche die Handschrift Dreyfus zu erkennen

erklärten, einer Prüfung und sagt, der Kassationshof habe also nach einer Enquete zu prüfen, ob die Thatsachen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen Grund zur Revision geben. Hierauf verliest der Berichterstatter den Brief der Frau Dreyfus, in welchem sie die Revision beantragt.

Der Fälscher Henry.

Ward fährt fort: Oberst Henry hat eine Fälschung begangen. Seine Aussage war die niederfameliendste gegen Dreyfus. Da diese Aussage von einem Fälscher herrührte, kann sie als verdächtig gelten. Hier liegt eine neue Thatsache vor, die die Vermuthung der Unschuld begründet und genügt, das Revisionsgesuch zu motivieren.

Das Vorderbureau.

Es ist ferner zu prüfen, ob das Vorderbureau wirklich von Dreyfus ist. Der Kassationshof ist regelrecht mit der Angelegenheit befaßt worden und wird festzustellen haben, ob er ohne eine ergänzende Enquete eine Entscheidung fällen kann. Im Verlaufe seiner Berichterstattung verliest Ward die Ausführungen des Generalprokurators, in welchem das bekannte Briefkonzept Esterhazy's aufgeführt ist, in dem Esterhazy schreibt: „Wenn Sie der Experten nicht sicher sind, werde ich ebenso wie bei dem Vorderbureau sagen, daß meine Schrift durchgepaßt ist.“ (Sensation.) Ferner verliest der Berichterstatter das Konzept zu einem Briefe, in welchem Esterhazy einem General als seinem Retter dankt (Sensation); Esterhazy hatte sich geweigert, den Adressaten dieses Briefes zu nennen.

Wie du Path de Clam die Untersuchung führte.

Ward verliest sodann den Bericht du Path de Clam's, worin dieser erklärte, Dreyfus habe seine Aussagen über die hydraulische Bremse und über das 120 Millimeter-Geschütz oft geändert, habe aber stets in Abrede gestellt, irgend etwas über Madagaskar geschrieben zu haben. In dem Protokoll über die Verhaftung Dreyfus' erwähnt du Path de Clam, daß Dreyfus, während er nach seinem Diktat schrieb, sehr erregt gewesen sei und auf seine, du Path de Clam's, Bemerkung hierüber geantwortet habe, es friere ihn an den Fingern. Hier schaltet Berichterstatter Ward ein, er glaube dem Berichterstatter bemerken zu müssen, daß die Photographie des Diktats nicht zeige, daß der Schreiber denselben irgend wie erregt gewesen sei. (Ueberraschung beim Publikum.) Bei seinem Verhör bestritt Dreyfus, heißt es in dem Berichte du Path de Clam's weiter, von dem Landungsplan für Madagaskar Kenntnis gehabt zu haben, und gab nur zu, daß, wenn er Beziehung zur technischen Abtheilung für Artillerie gehabt habe, dies auf Grund seiner Dienststellung und weil er mit einer Arbeit über die deutsche Mobilmachung beauftragt war, der Fall gewesen sei. Dreyfus habe versichert, niemals zu Agenten fremder Mächte oder zu diesen Mächten selbst Beziehungen gehabt zu haben. In einem zweiten Verhör hat du Path de Clam Dreyfus die Schriftstücke, wogegen er beschuldigt wurde, schreiben lassen und zwar 1. sitzend, 2. stehend, 3. nochmals sitzend, 4. nochmals stehend, 5. sitzend und mit Handschuhen, 6. aufrecht, ohne Handschuhe, 7. mit einer Rundstift-Feder, 8. stehend mit einer Rundstift-Feder, 9. stehend, mit Handschuhen und einer Rundstift-Feder, 10. stehend, ohne Handschuhe und Rundstift-Feder. Endlich, im letzten Verhör, am 30. Oktober, habe Dreyfus beim Leben seiner Kinder geschworen, un schuldig zu sein, und verlangt, vom Kriegsminister gehört zu werden, worauf ihm du Path de Clam erwiderte, er werde vom Kriegsminister empfangen werden, wenn er den Weg der Geständnisse beschreiten wolle.

Die Schreibsachverständigen.

Ward verliest ferner den Bericht des Kommissars vor dem Kriegsgericht und die Berichte des Schreibsachverständigen. Zu dem Berichte des Kommissars wird gesagt: Mehrere Zeugen behaupten, daß Dreyfus gerechtes Verdacht auf sich gelenkt habe durch sein zweideutiges Benehmen und sein unordentliches Leben. Dreyfus habe vor seiner Verurteilung eine Adresse gehalten. Der Berichterstatter unterzieht sodann die Dienstzeugnisse des Dreyfus' als Offizier während des Jahres 1893 einer Prüfung. Diefelben belegen, daß Dreyfus im ersten Semester dieses Jahres ein guter Offizier war. Hier fügt Ward die Bemerkung ein: Es giebt nichts als das Vorderbureau, um die Anklage zu begründen. Die Majorität der Schreibsachverständigen sprach sich für die Schuld des Dreyfus aus. Hier wird die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen. —

Die Geständnisse Dreyfus'.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beschließt sich Ward in seiner Berichterstattung mit den angeblichen Geständnissen Dreyfus'; er verliest einen Bericht des Obersten Guérin und Erklärungen des Hauptmanns Lébrun-Renault, wonach Dreyfus nach der Degradation zu lechterem gesagt hätte, wenn er, Dreyfus, Schriftstücke an das Ausland angeliefert habe, so sei es geschehen, um wichtige Dinge zu erhalten. Ward erklärte hierbei, Lébrun-Renault habe entweder vor seinen Kameraden ein wenig leichthin gesprochen, oder Worte Dreyfus' wiederholt, die dann auf ihrem Wege von Mund zu Mund entfallen worden seien. Von anderen Zeugenaussagen, nach denen Dreyfus ebenfalls Geständnisse gemacht haben sollte, bemerkt Ward, diese Aussagen seien recht spät gemacht worden. Selbst zugegeben, daß Dreyfus eingestanden haben sollte, das Vergehen des „Köderns“ begangen zu haben, sagt Ward, wüßte daraus hervorgehen, daß er auch eingestanden hat, Verrath begangen zu haben? Dreyfus habe stets seine Unschuld versichert und dies auch noch am Tage der Degradation mit dem Hinzufügen gethan, „wenn ich unwichtige werthlose Dokumente angeliefert habe, so ist es geschehen, um andere dagegen zu erhalten“.

Picquart.

Ward geht über zu der Angelegenheit des Petit bleu (Mohrpostkarte), welches in die Hände des Oberst Picquart fiel; er könne aber nicht prüfen, welche Rolle Picquart hierin gespielt habe, da eine Untersuchung gegen diesen eröffnet sei.

Das Verhalten Esterhazy's.

Ward spricht sodann von der Denunziation Mathieu Dreyfus' gegen Esterhazy und verliest die Briefe Esterhazy's an den Kriegsminister, welcher vor der Denunziation lebhaft für Esterhazy's Unschuld eingetreten sei. Esterhazy beruft sich darin auf das Zeugnis eines unwürdigen Souverän's, dessen Namen belannt zu geben unnütz sei. Esterhazy sagt von dem Souverän, er sei Soldat, wie er selbst, er würde niemals Verbindungen unterhalten haben, die eines Militärs unwürdig seien. Ward fügte hinzu, es sei bedauerlich, daß der Kriegsrat die Angelegenheit bezüglich der verschleierte Dame nicht habe auflären können, denn es wäre interessant, zu wissen, wie ein so wichtiges geheimes Aktenstück habe aus dem Kriegsministerium herauskommen können. Vielleicht, meint Ward, hätten Path de Clam und Henry die Angelegenheit bezüglich der verschleierte Dame auflären können.

Generaladvokat Manau.

In seinem Requisitorium führte der Generaladvokat Manau aus, daß zwei neue Fakta vorliegen, die Fälschung Henry's von 1896 und das Gutachten über das Vorderbureau von 1897. Die Fälschung Henry's sei geeignet, die Unschuld von Dreyfus festzustellen, denn aus der Fälschung gehe hervor, daß Henry die Beweise für die Schuld Dreyfus' für unzureichend erachtete. Henry habe im Jahre 1894 dem General Gouze das Vorderbureau übergeben und nicht den Namen des Agenten nennen können, von dem er das Vorderbureau erhalten habe. Henry habe auch folgendes gesagt: „Es ist unklar, ich werde verrückt werden.“ Henry sei der Werkmeister des Prozesses gegen Dreyfus gewesen und alles, was Henry gesagt und gethan habe, um die Verurteilung von Dreyfus durchzusetzen, sei verdächtig geworden. Der Fall Henry allein sei schon geeignet, das Revisionsgesuch zu rechtfertigen. Dasselbe gelte aber auch von den Gutachten über das Vorderbureau. Während im Jahre 1894 drei Sachverständige Dreyfus als Urheber desselben bezeichneten, hätten die Experten des Jahres 1897 die Möglichkeit einer Durchpausung zugegeben.

Manau's Schlussfolgerung lautet auf Zulassung des Revisionsgesuchs.

Die Verhandlung wird ohne Zwischenfall abgebrochen. Ward wird seinen Bericht morgen fortsetzen. Am Ausgang des Justizpalastes fanden keinerlei Kundgebungen statt.

Die preussischen Landtagswahlen.

die in unserer Partei zu so eingehenden Debatten geführt haben, wurden in Berlin am Donnerstag Nachmittag 5 Uhr abgehalten. Mit der Erregung, die bei Reichstagswahlen in allen Kreisen bemerkbar ist und dem politischen Interesse, das bei dieser Gelegenheit bis in die tiefsten Schichten der Bevölkerung reicht, läßt sich die öffentliche Stimmung bei den Landtagswahlen nicht entfernt vergleichen. Obgleich ja die vier Berliner Landtagswahlkreise, die bisher durchgehends freisinnig vertreten waren, von den Freisinnigen und den „vereinigten reichstreuen Parteien“ heiß umstritten sind, bemerkt man im öffentlichen Leben doch nur verhältnismäßig wenig von dem Stattfinden der Landtagswahlen. Fehlt doch in Berlin die Agitation und die Wahlbetheiligung der Arbeiterpartei, die den Reichstagswahlen ihr charakteristisches Gepräge giebt.

Immerhin geht natürlich ein so wichtiger Akt, wie die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause, in welchem Parlament bisher die konservativ-agrarische Reaktion unumschränkt geherrscht hat, nicht spurlos vorüber, und es werden dabei genug Menschen auf die Beine gebracht. Was es doch allein in Berlin 1203 Wahllokale, in denen von den Urwählern 6145 Wahlmänner zu wählen waren.

Am Vormittage war von der Wahlbewegung im allgemeinen wenig zu bemerken. Nur im städtischen Wahlbureau in der Poststraße herrschte vormittags ein ziemlich reges Leben. Wahlvorsteher holten sich ihre Instruktionen und Listen, Wähler erschienen mit Beschwerden wegen des Fehlens der Legitimationskarten, die sie nicht erhalten haben, andere wiederum mußten erfahren, daß sie ihr Wahlrecht, die ausgelegten Wahllisten einzusehen, mit Verlust ihres Wahlrechts zu büßen haben, kurz, die Beamten hatten reichlich zu thun, um alle Fragen zufrieden zu stellen.

Im ersten Wahlkreise, in welchem die konservative Partei in eine lebhafteste Agitation eingetreten war, wurden im Laufe des Vormittags noch Flugblätter ausgegeben. Im zweiten, wo keine andere Partei als die freisinnige Aussicht hatte, herrschte absolute Ruhe. Lebhafter ging es im dritten Landtagswahlkreise zu, den für sich zu gewinnen die vereinigten reichstreuen Parteien versuchten. Noch am Mittwoch Abend und Donnerstag Vormittag wurden über 100 000 Flugblätter vertheilt. Die vereinigten Konservativen und Antisemiten hatten die im Kreise vorhandenen Bürgervereine in den Dienst der Agitation gestellt. In der Gegend des Wedding-Stadtheiles und des Gesundbrunnens waren „christlich-soziale Arbeiter“ vom frühen Morgen an thätig. Die beiden Kandidaten Freyler und Ulrich hatten die Agitation am Wahltag selbst in die Hand genommen. Die Wähler der I. und II. Abtheilung wurden persönlich besucht. Der vierte Kreis wurde den Freisinnigen ohne große Gegenwehr von den Konservativen preisgegeben.

Die Urwahlen selbst fanden, wie gefolgt fünf Uhr nachmittags statt. Unsere Leser wissen ja, wie absolut sich die „Dreiklassenwahl“ von der geheimen Reichstagswahl unterscheidet. Sämmtliche Urwähler kommen zur festgelegten Stunde in den ihnen bezeichneten Lokalen (meistens Restaurants oder Schulen) zusammen. Beim Beginn der Wahlhandlung fordert der Vorsteher jeden in dem Bezirk nicht Stimmberechtigten auf, das Lokal zu verlassen, — während bei den Reichstagswahlen jedermann das Recht hat, dem Wahltag beizuwohnen. Zuerst wählt die dritte Abtheilung, das heißt die Abtheilung derjenigen, die die wenigsten Steuern bezahlen. An der Hand der vorhandenen Listen werden die Wahlberechtigten aufgerufen. Sie treten, soweit sie erschienen sind, an den Tisch heran und nennen die Wahlmänner, denen sie ihre Stimme geben. Gerade dieser Oeffentlichkeit der Wahl wegen ist es für die meisten abhängigen Leute so schwer, oppositionell zu wählen. Hat die Abtheilung gewählt, so wird das Wahlergebnis konstatirt, und wenn dann keine engeren Wahlen nötig sind, die eventuell sogleich vorgenommen werden, dann wird die Abtheilung aufgeföhert, das Lokal zu verlassen. Abdann wählt von den Jurisdiktionenen zuerst die zweite Abtheilung ihre Wahlmänner; und nachdem sich auch die dieser Abtheilung angehörenden Urwähler entfernt haben, kommen die wenigen Urwähler der ersten Abtheilung an die Reihe. Die aus den Urwahlen hervorgegangenen Wahlmänner haben dann bei den „Abgeordnetenwahlen“ die eigentlichen Volkvertreter zu wählen. Diese Hauptwahlen finden diesmal am 3. November statt.

Gewohnheitsmäßig finden die Landtagswahlen eine verhältnismäßig geringe Betheiligung. So auch diesmal. Das Straßenbild war nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr völlig unverändert, wo doch ihrer Veredigung nach Hunderttausende bei den Wahlhandlungen hätten anwesend sein müssen. Auch vor den Wahllokalen nichts von dem bei den Reichstagswahlen üblichen Leben. In der Regel sah man zwei Leute, der eine von den Freisinnigen, der andere von den Konservativen bezahlt, die das Verzeichniß der aufgestellten Wahlmänner vertheilten. Häufig schloß aber auch der konservativen Mann.

Umgekehrt herrscht im Wahllokal mehr Bewegung, als bei den Reichstagswahlen. Diese letzteren währen den ganzen Tag, und da giebt es häufig ganze Stunden, in denen sich kaum ein Wähler blicken läßt. Da geht es denn am Vorstandstisch sehr gemüthlich zu und manche lustige Schurke wird erzählt. Nicht so bei der Landtagswahl, wo sich die ganze Handlung zusammenhängend und eine 60 oder 70 Köpfe starke Versammlung von Urwählern bei ihren Dreieckstischen andächtig des Namensaufzählens und der Stimmabgabe der an den Tisch Herantretenden laufst. — Eine Heranschlepperei der Sämmtigen wie bei den Reichstagswahlen giebt es bei den Wahlen zum Landtage nicht, weil sich alles in kurzer Zeit abspielt. Wer zur Wahl seiner Abtheilung zu spät kommt, kann nicht mehr wählen. Bei den gestrigen Wahlen hat in Berlin der Aktus wohl nur vereinzelt länger als bis 6 Uhr gedauert.

Die Wahlbetheiligung ist auch diesmal, wie aus allen Berichten hervorgeht, eine äußerst geringe gewesen. Besonders in den eigentlichen Arbeiterbezirken machte sich diese geringe Betheiligung bemerkbar. Bemerkenswerth ist übrigens, daß fast alle amtlichen Bureau's rechtzeitig geschlossen hatten, um den Beamten Gelegenheit zur Wahl zu geben. Auch die freisinnigen Arbeitgeber, Kaufleute u. s. w. hatte ihren Angestellten vielfach Gelegenheit zur Wahlbetheiligung gegeben.

Kurz erwähnen wollen wir noch die für das miserable Dreiklassen-Wahlsystem bezeichnenden Vorgänge in dem im Kaiserhof-Gotel etablirten Wahllokal, wo die Minister und viele hohe Staatsbeamte zu wählen haben. 10 Minuten vor 6 Uhr erschien hier der Reichsfinanzminister Fürst zu Hohenlohe. Kurz vor Thoreschluß traf auch der Eisenbahnminister Thielen ein, welcher ebenso wie der Reichsfinanzminister als Wähler der dritten Abtheilung ihrer Wahlpflicht genügt. Als Wahlmann der Konservativen war in der zweiten Abtheilung der Oberste Generaladjutant des Kaisers, Graf von Werponher, aufgestellt, welcher ebenfalls in der dritten Klasse zu wählen hatte, aber nicht erschienen war. Die Mitglieder von zwei Berliner Bankhäusern standen sich in der ersten Abtheilung dieses Bezirks gegenüber: Bei den konservativen Bankier Kaufmann, bei den freisinnigen Bankier Weidner. Die beiden Bankiers übten kraft der Dreiklassenwahl ebenso viel Rechte aus, wie die meisten preussischen Minister, der Reichsfinanzminister und die ganze dritte Abtheilung ihrer Wahlpflicht genügt.

Im Wahlkreise Litzow-Weeslow-Charlottenburg vollzog sich der Wahlakt in allen Landgemeinden mit weniger als 1800 Einwohnern bereits vormittags 11 Uhr. Die großen Berliner Vorortgemeinden waren mit wenigen Ausnahmen dem Beispiel Berlins gefolgt und wählten erst nachmittags.

In Charlottenburg schloß Vormittags die Wahl mit einem Siege der Liberalen ab. Wie uns berichtet wird, sollen sich speziell in Charlottenburg vielfach Sozialdemokraten an der Wahl bethelligt haben.

Als ein recht interessantes Stimmungsbild geben wir noch wieder, was der „Vossischen Zeitung“ aus Charlottenburg berichtet wird: Bei den heutigen Wahlen zum Landtage in Charlottenburg war der Verlauf des Wahls besonders in einem Bezirk in der Lutherstraße von Interesse. Dort wählte eine Reihe von bekannten Personen und hohen Beamten, deren Abstammung erweisen ließ, welche nachhaltige Wirkung der Ruf der Professoren Schmöller, Delbrück und Gierle hinterlassen hat. Schmöller selbst, der als erster in der ersten Abstimmung stand, also der Hochschätzteste des Bezirks ist, war erschienen und verwandelte für seine Person die negative Aufforderung, keinen Konservativen zu wählen, in ein positives Eintreten für die Liberalen. Er wählte den Professor Wällemeyer und den früheren Reichstags-Abgeordneten Dr. Alexander Meier, der als Beisitzer am Wahltische saß. In der zweiten Abstimmung wählten hier, was von liberaler Seite mit großer Genugthuung aufgenommen wurde, ein Ministerialdirektor, ein Oberstabsarzt und der Oberregierungs-rath Lübben, der Leiter der Steuereinschätzungs-Kommission, laut und deutlich die liberalen Wahlmänner-Kandidaten. In der dritten Wahlabschlusung gaben u. a. ein Postkassierer und ein in Schriftstellerkreisen bekannter, früher in offiziellen Blättern beschäftigter Redakteur liberale Stimmen ab. Sämtliche Liberalen wurden hier gewählt.

Am Schluß der letzten Legislaturperiode zählte das Abgeordnetenhaus 139 konservative, 63 freikonserervative, 93 Zentrums-, 84 national-liberale Mitglieder, 17 Polen, 14 Mitglieder der freisinnigen Volkspartei und 6 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, 5 Mandate, welche bei Schluß der Session erledigt waren, hatten bis dahin konservative inne. Von 8 Mitgliedern, die keiner Partei angehörten, stimmten 4 meist mit den Konservativen, jedoch die Reaktion über 213 von 433 Mandaten verfügte. Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten hat es den Anschein, als wenn die Reaktion etwas, wenn auch nicht erheblich geschwächt aus dem Wahlkampfe hervorgeht, während die freisinnige Opposition, zumeist durch sozialdemokratische Hilfe, eine, wenn auch zahlenmäßig geringe, so doch in vielen Fällen ausschlaggebende Verstärkung erfahren hat.

Sicher verloren haben die Konservativen bisher 4 Mandate, und zwar je eins in Nordhausen und Bromberg, zwei in Görtz-Lauban. Diese Mandate sind in den Besitz der freisinnigen Volkspartei übergegangen. Außerdem hat die freisinnige Volkspartei von den Nationalliberalen 5 Mandate gewonnen, nämlich je zwei in Frankfurt a. M. und Hagen-Schwelm und eins in Königsberg. Ein weiteres Mandat in Königsberg ist von den Nationalliberalen auf die freisinnige Vereinigung übergegangen. Mitbin haben die freisinnige Volkspartei bisher 9 und die freisinnige Vereinigung 1 Mandat mehr als 1893, während die Nationalliberalen 6 Mandate eingebüßt haben.

Behauptet hat die freisinnige Volkspartei ihren alten Besitzstand in Berlin und Wiesbaden. In Breslau sind die vereinigten Liberalen mit dem konservativ-liberalen Kartell in Stichwahl gekommen, die Entscheidung liegt bei den Sozialdemokraten. In dem bisher von einem Mitgliede der freisinnigen Volkspartei vertretenen Kreise Posen-Stadt findet Stichwahl zwischen der freisinnigen Vereinigung und der freisinnigen Volkspartei statt. Ausschlaggebend sind hier die Polen.

Was die Beteiligung der Sozialdemokraten betrifft, so ist hier zu unterscheiden zwischen denjenigen Kreisen, in denen unsere Genossen eigene Wahlmänner aufgestellt haben, und denjenigen, in denen sie von vornherein die bürgerliche Opposition unterstützten. Wo sie, ohne eigene Wahlmänner aufzustellen, die Reaktion durch Unterstützung der Freisinnigen bekämpften, haben sie dies Ziel vielfach erreicht, in einer ganzen Anzahl von Kreisen verdanken die Freisinnigen ihren Sieg sozialdemokratischer Hilfe. In den Kreisen, wo unsere Genossen selbstständig in die Wahl eintraten, haben sie fast überall recht bemerkenswerte Wählererfolge errungen, in Altona sind sie sogar in die Stichwahl gekommen, und in Breslau haben sie es in der Hand, wer in der nächsten Legislaturperiode diese Stadt vertreten soll. In Linden scheint, wenn die uns noch in letzter Stunde mitgetheilten Zahlen richtig sind, der Sieg der Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen.

Alles in allem scheint, soweit sich bisher übersehen läßt, die drohende Gefahr einer rein konservativen Mehrheit beseitigt. Die beiden konservativen Parteien werden voraussichtlich in derselben Stärke wie bisher in das Abgeordnetenhause einziehen, da sie für die ihnen von freisinniger Seite entziffenen Mandate noch Erfolg erwarten durch ein neues Mandat, das sie den Polen abzunehmen hoffen und durch einige Mandate, die sie den Nationalliberalen zu entreißen gedenken. Die freisinnige Volkspartei hat eine Vermehrung erfahren. Das Zentrum wird aufsehnend seine bisherige Position behaupten. Die Kosten des Wahlkampfes werden die Nationalliberalen tragen, deren Besitzstand um 5 bis 10 Mandate verringert werden dürfte.

Bis lassen nunmehr die uns bis 1 Uhr nach Mitternacht zugegangenen Depeschen folgen:

Kreise, in denen die Sozialdemokraten sich direkt oder indirekt an der Wahl beteiligt haben.

Brandenburg-Westhavelland. (Privatdepesche.) (Bisher drei konservativ.) Stadt Brandenburg. Gewählt 42 sozialdemokratische Wahlmänner von im ganzen 52 der dritten Klasse, 4 der zweiten Klasse, zusammen 46. 90 Liberale, 20 konservativ. Stadt Rathenow: 14 soziald., 41 liberale, 17 konservativ Wahlmänner. Stadt Werder: 2 soziald., 20 liberale Wahlmänner.

Frankfurt a. O. (Privattelegramm.) Von 530 Wahlmännern 13 Sozialdemokraten, darunter auch solche der zweiten Abtheilung. In vielen Bezirken Sozialdemokraten für Freisinn eingetretten, wodurch letztere 20 Wahlmänner mehr erhielten als 1893. Verdrängung der Konservativen wahrscheinlich.

Breslau. (Privatdepesche.) Bisher 3 freisinnige. Vereinte konservativ-liberale haben keine relative Mehrheit gegen Liberale. Sozialdemokraten mit 90 Wahlmännern ausschlaggebend.

Viegnitz-Goldberg-Sahnan (bisher 2 konservativ). Vorläufiges Resultat 222 Liberale, 54 konservativ in den Städten. Resultate vom platten Lande stehen noch aus. Großer Fortschritt der Freisinnigen gegen 1893 durch sozialdemokratische Unterstützung.

Görtz-Lauban. (Privatdepesche.) (Bisher 1 Nationallib., 2 konserv.) Von 720 Wahlmännern 870 freisinnige, 300 konservativ, 50 stehen noch aus. Wahl dreier freisinniger durch sozialdemokratische Unterstützung gesichert.

Altona. (Privatdepesche.) (Bisher natl.) Mohr (natl.) 240. Wollens (natl.) 95. Fischbeck (fr. Sp.) 90. **Mollenbühl (Soz.)** 149 Wahlmänner. **Stichwahl zwischen Mollenbühl (Soz.) und Mohr (natl.)**.

Hagen-Schwelm. (Bisher 2 Nationalliberale.) Sieg der Freisinnigen durch sozialdemokratische Hilfe.

Eberfeld-Barmen. Wiederwahl der Nationalliberalen freikonservativen gesichert. Freisinnige haben sich der Wahl enthalten.

Linden. (Privatdepesche.) Stadt Linden 96 sozialdemokratische, 56 nationalliberale Wahlmänner. Landorte unbekannt. Großer Erfolg. Sieg der Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen.

Erfurt. (Privatdepesche.) Von 110 Wahlmännern dritter Klasse ca. 25 sozialdemokratische gewählt.

Halle. (Privatdepesche.) (Bisher 1 Nationalliberaler, 1 konservativ.) Bis jetzt 197 Liberale, 75 Kartell, 80 sozialdemokratische Wahlmänner. Beteiligung ziemlich stark. In Giebichenstein

1 sozialdemokratischer Wahlmann erster, 5 zweiter, 18 dritter Klasse. Außerdem noch 6 Landorte sozialdemokratische Wahlmänner. Halle Stadt allein 40 sozialdemokratische Wahlmänner. Endresultat steht aus. Großer Wählererfolg der Sozialdemokraten.

Frankfurt a. M., (Privatdepesche.) (Bisher 2 Nationalliberale.) Freisinn und Demokraten 511. Nationalliberale 325 Wahlmänner. Sieg des Freisinnigen Reinhold Schmidt und des Demokraten Sanger durch Unterstützung der Sozialdemokraten gesichert.

Kreise, in denen sich die Sozialdemokraten nicht beteiligt haben.

Berlin. I. Wahlkreis. Gegen Mitternacht waren von 1186 Wahlmännern 1026 als gewählt bekannt. Davon entfielen auf die freisinnige Volkspartei 808 und auf die Konservativen 128.

II. Wahlkreis. Es waren zu wählen 1377 Wahlmänner. Gewählt wurden 1845, davon 1298 für die freisinnige Volkspartei (1893: 1102), 28 für die Konservativen (1893: 222), 19 zerstreut.

III. Wahlkreis. Es waren zu wählen 2343 Wahlmänner. Gewählt wurden 2341, davon 1518 für die freisinnige Volkspartei (1893: 1253), 818 für die vereinigten konservativen Parteien (1893: 713), 5 unbestimmter Richtung.

IV. Wahlkreis. Es waren zu wählen und sind gewählt 1230 Wahlmänner, davon 1202 für die freisinnige Volkspartei (1893: 729), 37 für die Konservativen (1893: 184).

Charlottenburg-Teltow-Beeskow-Storkow. Charlottenburg: Sieg der vereinigten Liberalen. Schöneberg: 94 konservativ, 103 Liberale. 7 Bezirke fehlen. Nixdorf: 84 konservativ, 156 Liberale. Friedrichshagen: 12 konservativ, 23 Liberale. Sieg der Liberalen nicht ausgeschlossen. Ausschlaggebend sind die ländlichen Bezirke.

Niederbarnim. In 14 Landbezirken bisher 92 konservativ, 13 freisinnige Wahlmänner gewählt. Konservativ Mehrheit gesichert.

Potsdam. Der bisherige freikonserervative Abg. Krela wiedergewählt.

Königsberg-Fischhausen. (Bisher 3 Nationalliberale.) Sieg des liberalen Kartells: freis. Sp., freis. Vg. und Natl. gesichert.

Chlau-Brieg. (Bisher 2 konservativ.) Wiederwahl der Konservativen wahrscheinlich.

Bromberg-Wirgin. (bisher 3 konservativ.) Auf Grund eines bei der Reichstagswahl abgeschlossenen Kompromisses Sieg zweier konservativen und eines freisinnigen gesichert.

Posen (bisher fr. Sp.). Für den Kandidaten der fr. Sp. Kindler 65, für den der fr. Vg., Lewinski, 68, für den Polen 89 Wahlmänner. Stichwahl zwischen fr. Sp. und fr. Vg. Sieg der freis. Volkspartei scheint sicher, da die Polen für dieselbe eintreten wollen.

Meiße. 93 Wahlmänner des Zentrums gewählt.

Kiel. Barth (fr. Vg.) gewählt.

Hannover. (Privatdepesche.) (Bisher zwei Nationalliberale.) Nationalliberale etwa 1/3, Vereinigte Opposition 2/3 der Wahlmänner. Sieg des Nationalliberalen sicher.

Nordhausen (bisher kons.). Gewählt Dr. Wiemer (fr. Sp.).

Wiesbaden (bisher fr. Sp.). Wiederwahl v. Wintermeyer (fr. Sp.) gesichert.

Von der Pest.

Aus Wien ist kein weiterer Todesfall zu berichten, in der Bevölkerung stellt sich nun Besonnenheit und Ruhe wieder ein. Wenn nicht alles trügt, ist die Gefahr für Wien vorbei und auch eine Uebertragung der Krankheit in andere Orte dürfte nicht mehr zu fürchten sein.

Aus Wien liegen folgende Depeschen vor:

Das am Donnerstag Mittag über die Internirten ausgegebene Bulletin lautet: Das Befinden der Wärtarin Pecha ist unverändert, dieselbe erhält heute Nachmittag eine neue Seruminjektion. Die Temperatur der Wärtarin Hochegger ist befriedigend, die Ohrenschmerzen haben aufgehört, auch sonst klagt die Patientin nicht über Schmerzen. Die nachmittags erfolgte bakteriologische Untersuchung des Sputums der Wärtarin Hochegger ergab, daß dasselbe keine Pestbazillen enthielt; ihre Krankheit scheint lediglich sich auf Mittelohr-Entzündung zu beschränken; sie wurde nachmittags immunisirt. Die übrigen Internirten befinden sich wohl.

Später ward gemeldet: Das Befinden der Wärtarin Pecha hat sich auffälligerweise wieder zum Besseren gewendet. Ihre Körpertemperatur beträgt 38,03°, der Puls 112. Trotzdem besteht die Lebensgefahr fort. Das Sputum zeigte sich auch bei der letzten Untersuchung mit sehr vielen Pestbazillen durchsetzt. Letztere sind stark geschwollen, aber wenig gefährlich, woraus sich die schwache Wirkung erklärt. Auch der Zustand der Wärtarin Hochegger ist ein verhältnismäßig zufriedenstellender. Ihre Körpertemperatur beträgt 37,05 Grad, der Puls 96. Pestbazillen sind bei dieser Patientin nach wie vor nicht nachzuweisen. Im übrigen sind die sanitären Verhältnisse im Allgemeinen Krankenhaus durchaus normal.

Da im Allgemeinen Krankenhaus kein weiterer pestverdächtigter Fall eingetreten ist und die Frist für die ärztliche Beobachtung früherer Verdächtigter mit dem 30. Oktober abläuft, beschloß das Permanenzkomitee, von Montag ab den allgemeinen Verkehr und den vollen Dienst im Allgemeinen Krankenhaus wieder zu eröffnen, falls nicht ein unvorhergesehener Zwischenfall eintritt.

In österreichischen Abgeordnetenhause wurde heute über die Interpellationsantwortung des Ministerpräsidenten über die Pestfälle in Wien beraten. Der Antijemist Gregorij meinte, der Ministerpräsident sei bei der Verantwortung der Interpellation von seinen Leuten irreführt worden, er greift Professor Rothnagel festig an. Der Unterrichtsminister verweist auf die große Bedeutung der bakteriologischen Forschung, welcher die medizinische Wissenschaft die wichtigsten Fortschritte verdankt, so daß er der Einschränkung derselben nicht das Wort reden könne und verweist ferner darauf, daß die bakteriologischen Institute in den anderen Städten, wie Berlin, Petersburg, Florenz, Liverpool, sich in der gleichen Lage wie das Wiener befinden und daß sie in derselben Weise arbeiten. Eine Verlegung dieser Institute wäre nicht von großem Nutzen, denn die Sendung folgte zunächst dem Verkehr und sogar über die Meere werde sie durch die Schiffsahrt vertrieben. Der Minister erinnert an die Expedition nach Indien, welche großes Material ergeben habe, das demnächst zur Veröffentlichung kommen werde. Der Vorstand des bakteriologischen Instituts habe im Bewußtsein der Gefahr ohnehin alle Vorkehrungen getroffen. Gegenüber der Anfrage Gregorij erklärt der Minister, daß die zu Versuchen verwendeten Thiere auf keine andere Weise als durch Verbrennen vertilgt würden. Inzwischen seien mit Rücksicht auf die Aufregung der Bevölkerung die Versuche mit Pestbazillen eingestellt worden. Wo es sich um die Wissenschaft handle, und dadurch um das Wohl der gesamten Menschheit, müsse manches unternommen werden, wenn es auch im einzelnen Falle für die betreffenden mit Gefahr verbunden sei. Nicht allein die Beschäftigung mit Pestbazillen bedeute eine Lebensgefahr; der Arztstand kämpfe täglich mit den Feinden der menschlichen Gesundheit. Wenn wir denjenigen, der den Sieg in einer solchen Sache erringt, preisen, seien wir nicht gar zu unmaßsäßig gegen das Mißgeschick, gegen welches die menschliche Vorsicht sich unzureichend erwehrt, und zerbrechen wir nicht selbst die Waffen, welche einzig und allein den Sieg in diesem Kampfe ermöglichen. (Beifall.)

Dieraux sprach die Abgg. Professor Fournier (deutsch-österreichisch), Dr. Karosiewicz (Gospitant bei den Sozialdemokraten), Chiari (deutsch-österreichisch), Daszowski (Sozialdemokrat) und Wrabec (deutsch-österreichisch), welche zumeist die hohe Bedeutung der bakteriologischen Forschung hervorhoben und gegen deren Einschränkung auftraten, gleichzeitig jedoch die Inzulänglichkeiten im Allgemeinen Krankenhaus betonten. Die Christlich-Sozialen Schneider und Leopold Steiner traten gegen die bakteriologischen Untersuchungen in den Städten auf. Der Regierungsvize-Ministerialrath Stuy gab eine erschöpfende Darstellung des Sachverhaltes sowie der getroffenen Maßnahmen, welche er als voll-

kommen ausreichend bezeichnete. Der Regierungsvize-Ministerialrath Stuy gab ein großes Lob.

Generalrathener Lueger erklärte, die Christlich-Sozialen seien nicht gegen die wissenschaftliche Forschung, sondern gegen Mißbräuche, welche unter dem Deckmantel der Wissenschaft getrieben werden. Lueger wendet sich dagegen, daß die Kranken in den Spitälern zu Versuchszwecken benützt werden und spricht sich für Umgestaltung des Allgemeinen Krankenhauses entsprechend den Forderungen der Zeit aus. Kareis weist die Angriffe gegen die Juden und den Fortschritt Rothnagel zurück. Nächste Sitzung am 4. November.

Aus Wien meldet die „Frankf. Ztg.“: In einer christlich-sozialen Versammlung besprach der bekannte Abg. Schneider die Pestfälle. Als er angebliche Talmudstellen zitierte, wonach jüdischen Ärzten gestattet sein soll, an Christen medizinische Experimente zu machen, löste der Volkskommissar die Versammlung auf. Es entstand ein Tumult, in dem der Kommissar durch ein aus der Mitte des Saales geworfenes Bierglas verletzt wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine öffentliche Versammlung der in den Buchbindereien und verwandten Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die gestern bei Keller tagte, beauftragte die bestehende Kommission, nochmals mit der Unternehmer-Kommission in Verhandlung zu treten, um für die Einführung des Leipziger Akkordtarifs für Berlin am 1. Dezember zu wirken. Die Unternehmer haben in den bisherigen Verhandlungen die Einführung zum 1. Januar 1899 zugesagt. Die Verhandlungen werden nach den Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern am nächsten Montag stattfinden.

Darburg (Elbe), 27. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ueber das Pistolenduell in der Haale, worüber wir bereits gestern berichteten, können wir noch folgendes mittheilen. Der Gegner des gestern früh 6 1/2 Uhr im Pistolenduell in der Haale gefallenen Regierungs-Baumeisters Frede ist der Regierungs-Baumeister Voost, der ebenfalls am Elbbrückenbau beschäftigt ist. Ersterer leitete die Tiefbauten, letzterer die Eisenkonstruktionen. Zwischen den beiden Kollegen, die beide dem Reserveoffizierskorps angehören, sollen schon seit längerer Zeit Zwistigkeiten bestanden haben. Als nun Voost den Frede auf einen angeblichen Fehler bei den Arbeiten aufmerksam machte, kam es zu einem Wortwechsel, der schließlich zur Herausforderung zum Zweikampf auf Pistolen führte. Die Bedingungen lauteten auf zweimaligen Augewechsel bei 20 Schritten Distanz.

Dresden, 27. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Gasanstalt in Bodenbach wurden mehrere mit dem Ausfluß eines neuen Gasometers beschäftigte Arbeiter durch ausströmende Gase betäubt. Zwei Familienväter erstickten. Ein Arbeiter, der die beiden zu retten versuchte, gerieth ebenfalls in Erstickungsgefahr. Von den betreffenden Personen mußten mehrere ins Krankenhaus überführt werden, da sie durch Einathmen der giftigen Gase schwer erkrankt sind.

In der Mayer'schen Pflanz- u. Wälderei in Löhmitz stürzte der Fabrikarbeiter Feder infolge Ausgleitens in einen mit siedender Masse gefüllten Kessel und verbrühte sich so schwer, daß ihm die Haut in Bezen vom Körper herunterging. Er war sofort eine Leiche.

Ulm, 27. Oktober. (W. Z.) Im hiesigen Gasthause „Zum Rothen Stern“ fand man auf dem Abort eine mit Henseln zum Zünden versehene, mit Dynamit und Eisenstücken gefüllte Bombe. Man glaubt, daß dieselbe noch von dem letzten Bombenattentat gegen die jüdische Synagoge herrührt.

Wien, 27. Oktober. (W. Z.) Die „N. Fr. Pr.“ erhält vom Baurath v. Kopp die telegraphische Versicherung, daß Kaiser Wilhelm in bezug auf die Frage, ob Dreifus schuldig ist oder nicht, keinerlei Äußerungen ihm gegenüber gethan hat.

Wien, 27. Oktober. Durch das zu wenig oppositionelle Verhalten der deutschen Großgrundbesitzer im Ausgleichsausschuß veranlaßt, beschloß die deutsche Fortschrittspartei, deutsche Volkspartei und die christlich-soziale Vereinigung, aus der Obmann-Konferenz, die die sog. „deutsche Gemeinbürgerliga“ repräsentirt, auszutreten.

Paris, 27. Oktober. (W. Z.) Die Angelegenheit Guérin kam heute vor dem Justizpolizeigericht zur Verhandlung. Auf Antrag des Staatsanwalts und trotz des Widerspruchs der Verteidigung wurde die Verhandlung auf vierzehn Tage verschoben, da der Polizeikommissar Leproust noch an seiner Verwundung krank liegt. Guérin ist vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Drumont, Willebois und Lafige, welche der Verhandlung beigezogen hatten, durchließen darauf die Skorridore des Justizpalastes, hinter ihnen etwa hundert Anhänger und riefen: „Hoch die Krone, Tod den Juden!“ Dann wandten sie sich zum Saale des Kassationshofes, aber die Wächter sperrten den Zugang. Die Manifestanten verließen darauf unter denselben Ruf den Justizpalast. Eine große Zahl Polizisten bewacht nunmehr die Zugänge des Gebäudes.

Paris, 26. Oktober. (W. Z.) Als Ferrario, der Chef des Privatsekretariats des Ministers Bourgeois, heute mit einem Revolver hantierte, entlud sich dieser, die Kugel drang Ferrario in den Körper und tödtete ihn.

Paris, 27. Oktober. (W. Z.) Kassationshof. (Fortsetzung.) Vord erörtert nunmehr den zweiten Revisionspunkt bezüglich der neuen Thatsache, nämlich der Fällung Henry's. Vord verliest eine Aussage Picquart's vor dem Untersuchungsrichter Verluin, wo Picquart erklärte, er habe die Fällung Henry's kurz vor seinem Aufschneiden aus dem Kriegsministerium erkauf. Redner verliest das Protokoll über die Vernehmung Henry's durch Cavagnac!

Vord legt des weiteren die bedeutsame Rolle dar, die dieser Fällung Henry bei der Verurteilung Dreifus spielte. So lange man diese Fällung nicht kannte, habe man Vertrauen in die res judicata setzen können; als sie aber entdeckt wurde, sei Anruhe in die Gemüther gekommen. Der Berichterstatter verliest sodann einen vertraulichen Brief Picquart's an Sarrien vom 14. September 1897. In diesem in 7 Kapitel eingetheilten Briefe sucht Picquart nachzuweisen, daß Dreifus unschuldig ist.

Der Brief Picquart's schließt: Im Augenblick der Verhaftung Dreifus hatte man keinen Beweis von seiner Schuld. Da belastete man dann sein Alibi und betrat den Weg der Fällung. Vord verliest hierauf einen Brief des Kriegsministers an den Justizminister vom 11. September. In demselben verweist der Kriegsminister, es sei im Kriegsministerium kein Aktenstück vorhanden, aus dem hervorginge, daß ein geheimes Aktenstück dem Kriegsgericht mitgetheilt worden sei. In einem Briefe an den Justizminister vom 15. Oktober verweist Picquart, daß geheime Aktenstücke bei der Sitzung des Kriegsgerichts mitgetheilt worden seien.

Vord verliest dann die Aussage des Obersten Fabre. Fabre war der erste, welcher auf die Idee kam, das Bordereau mit der Schrift Dreifus' zu vergleichen und seinen Verdacht dem General Gonse mitzutheilen.

Sofia, 27. Oktober. (W. Z.) Heute wurde die Soranje mit einer Bronzede eröffnet, der wir das folgende entnehmen: Der Budget-Entwurf weise in den Einnahmen und Ausgaben vollkommenes Gleichgewicht auf, ohne zu neuen Steuern oder neuen Lasten Zuflucht nehmen zu müssen. Die Sorge der Regierung sei auf die Hebung und Erhaltung der nationalen Industrie und des Handels sowie auf die Schaffung zahlreicher möglichst guter Verkehrswege gerichtet. Dann huldigte der Fürst dem Jaren, er betonte ferner die ausgezeichneten Beziehungen zu Montenegro.

Zara, 27. Oktober. (W. Z.) In den letzten Tagen wurden in dem Erdbebengebiete von Sinj Erdstöße verthrt, die mehrere Sekunden andauerten. In Zurlate wurde eine 5 Meter tiefe und 3 Meter breite Irdisrinde Erdstreuung konstatiert. Ein Schaden ist nicht eingetreten.

Konstantinopel. (Politische Korrespondenz.) Der Richtempfang der Patriarchen seitens des deutschen Kaisers hat in den dortigen christlichen Kreisen versimmt, und sei dies der Grund, warum zur Abfahrt des deutschen Kaiserpaars die Patriarchen keine Delegationen entsandten.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Eine Reminiscenz.

Die Vorgeschichte des Prozesses gegen unseren Genossen Stadthagen... über den wir am Mittwoch berichtet haben, bietet eine treffliche Illustration zu der Art und Weise, welcher Mißbrauch seitens mancher Unternehmer und Unternehmerverbände mit dem Koalitionsrecht der Arbeitgeber zum Schaden der Arbeiter getrieben wird.

Vorstehenden Abzug des gestern gefassten Beschlusses nebst der Liste der kompromittirten Personen überfende ich mit dem ergebensten Ersuchen, gefl. in Gemäßheit dieses Beschlusses versehen und mir die Namen der Gefährdeten mittheilen zu wollen.

Die Wiener Oktobertage 1848.

I.

Aufstand und Belagerung.

Im März und im Mai hatte die Revolution in Wien gefiegt und hatte dem Metternichschen System tief einschneidende Reformen zu gunsten der Volksfreiheit abgerungen.

Seit dem Frühjahr und Sommer abzu war nun die Reaktion in Oesterreich schon lange wieder geschäftig am Werke. Gemäß dem bewährten Rezept der habsburgischen Politik, bei inneren Schwierigkeiten die Nationalitäten gegeneinander auszuspielen, suchte man zuerst den Ungarn die im März erungene Selbständigkeit zu beschneiden.

Zu einem Manifest der ungarischen Landstände wurde darauf die Ungültigkeit dieser kaiserlichen Maßregeln ausgesprochen, weil die Verfügungen von keinem ungarischen Minister gegengezeichnet waren. Dem Grafen Lamberg wurde gleichzeitig von den Ungarn jede Befehlsanerkennung verboten und ebenso verboten, dem österreichischen Grafen Gehorsam zu leisten.

Unternehmerverband gefassten Beschlüsse erfolge. Auch hat der Bürgermeister den Mitgliedern des Unternehmerverbandes mitgeteilt, welche Arbeiter wegen eines früheren Streiks entlassen worden sind.

Diese Thatfachen stellte Stadthagen unter Beweis, doch wurde von der Beweiserhebung Abstand genommen. Immerhin dürften die Lebergriffe, die Herr Reinhardt in seiner Eigenschaft als Bürgermeister sich zu schulden kommen ließ, klar auf der Hand liegen.

Der Erlaß Posadowsky's

verdankte seine Entstehung namentlich den Anregungen des Verbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Baugewerks-Zimmungen. So gab der Minister, im Reichstage in die Enge getrieben, gewissermaßen zu seiner Entschuldigung selbst an.

Dieser selbe Bund der Baugewerks-Zimmungen, der die härtere Bestrafung der Vergehen wegen des § 163 anregte, hat, wie wir feinerzeit mittheilten, auf seinem Verbandstage in Breslau beschlossen, auf andere Gestalt der §§ 222 und 230 d. Str.-G.-B. hinzuwirken.

Der hohe Reichstag und der hohe Bundesrat wolke nach Prüfung der vorgetragenen Erwägungsgründe dafür eintreten, daß in den §§ 222 und 230 des Strafgesetzbuches für das Vergehen der fahrlässigen Tödtung oder Körperverletzung die Festungshaft neben der Gefängnißstrafe wahlweise zugelassen werde.

Partei-Nachrichten.

Der bevorstehende Austritt Dr. Lütgenau's aus der Redaktion der „Allgemein-Preussischen Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund wird von bürgerlichen Blättern dahin zu kommentieren versucht, als ob Lütgenau wegen seiner belommenen Redaktionen über die Prügelstrafe gemahregelt worden sei.

Der im Oeffener Meineidprozeß mit verurtheilte Bergmann Friedrich Beckmann erklärt die durch die Presse gehende Nachricht, er habe es abgelehnt, Gelder aus dem von Sozialdemokraten gesammelten Unterstützungsfonds anzunehmen, für unwahr.

Eine Parteiverammlung in Danzig stellte zu den Stadtverordnetenwahlen 7 eigene Kandidaten auf.

Todtessitte der Partei. In Königsberg i. Pr. ist der Ingenieur Rud. Dräer, der im stillen die Parteinteressen, u. a. auch durch Mitarbeit an der „Vollstrebende“ nach Kräften gefördert hat, einem langwierigen Lungenleiden erlegen.

vor. Die Wiener Demokratie hatte sich überzeugt, daß durch das Vorgehen gegen Ungarn in gleicher Weise auch die österreichischen März-Erregungskräfte selbst gefährdet waren. Hatte man erst die Freiheit der einen Nation unterdrückt, so war das gleiche dann bei der zweiten um so leichter.

Gegen Mittag zog sich der Aufstand auch in die innere Stadt. Die Bürgerwehr stand größtentheils auf seiten des revoltirenden Volkes. Das Militär war bis auf einige Reste aus der Stadt entfernt worden, um es nicht ebenfalls den Verlockungen zum Uebertritt auszuweichen.

Ich habe alle Wünsche meines Volkes zu erfüllen gesucht. Was ein Herrscher an Güte und Vertrauen seinen Völkern erweisen kann, habe ich mit Freuden erschöpft. Obwohl mich die Gewaltthaten des 15. Mai aus der Burg meiner Väter vertrieben, bin ich nicht müde geworden, zu geben und zu gewähren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Handschuhmacher! Infolge der ausgebrochenen Lohninflationen in der Handschuhfabrik von Müller in Pankow, Kaiser Friedrichstraße, wird um Fernhaltung des Zugangs gebeten.

Der Aufruf an die Strassenbahn-Angestellten, den der Vertrauensmann der Handels-, Transport- und Verlehdarbeiter im „Vorwärts“ zum Abdruck brachte, hat ein starkes Mißfallen bei der „Post“, dem Organ der Schuhmacher, hervorgerufen.

Deutsches Reich.

Aus Forst i. d. Lausitz wird telegraphirt: In der Eisen gießerei von G. Buchholz jun. haben, wie uns eine Privatbesuche mittheilt, 14 Forster wegen Nahrungslage dreier Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kottbus siegte die Liste der Gewerkschaften.

In der Schuhfabrik von Löwenstein in Stettin haben sämtliche Arbeiter, 17 Mann, die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen sind entstanden durch Einführung einiger Maschinen, die dem Unternehmer Anlaß gaben, eine übermäßige Lohnkürzung vorzunehmen.

Als Urheber der Vorlage für die Verschlechterung des Dresdener Gewerbegerichts hat sich der Gewerbeämter Stilling einer Anzahl Arbeitervereinigungen gegenüber bekannt. Die Dresdener Arbeiter haben nunmehr in einer imposanten Versammlung durch gegenseitige Aussprache und einstimmige Annahme einer scharfen Resolution gegen den reaktionären Plan protestirt.

Vom Landgericht zu Dresden wurde der Quarbeiter Jurekoff wegen „Erpressung“ zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Straftat soll, wie gewöhnlich in solchen Fällen, durch eine etwas derbe Kennerung zwei anderen Arbeitern gegenüber begangen sein.

Ein politisches Thema in Sachsen. In Waagen erklärte der überwachende Beamte einer Versammlung das Thema: „Die Gewerkschaften im Mittelalter und die Lebenshaltung der Arbeiter damals“ für politisch. Der Beamte hatte angeblich Auftrag von der vorgesetzten Behörde, die Minderjährigen hinauszuführen.

Drohung gegen Arbeitswillige. Weil sie den Arbeiter Gustav Erdmann aus Eilenburg durch „Drohungen“ zur Theilnahme am Streik sollten zu bewegen versucht haben, waren die Ziegeleiarbeiter Max Boigtmann, Wilhelm Boigt und Karl Polterdorf aus Eilenburg vom dortigen Schöffengericht der ersten zu 3 Monaten, die beiden anderen zu je 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Nicht einmal petitioniren dürfen nach dem Willen ober-schlesischer Polizeibehörden die ober-schlesischen Bergarbeiter. Wenigstens sind in der Umgegend von Beuthen in einer Reihe von Lokalen, in denen eine Petition der minderberechtigten Mitglieder des ober-schlesischen Knappschaftsvereins zur Unterschrift auslag, die Petitionsabschriften samt Unterschriften polizeilich beschlagnahmt worden.

Ein gewerkschaftliches Rechtschutz- und Anknüpfungsbureau soll am 1. November d. J. in Beuthen in Thätigkeit treten. Seit längerer Zeit ist unter den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung fühlbar geworden, da gerade in Ober-schlesien Uebervertheilungen der in bezug auf Rechtsfragen sehr unerfahrenen Arbeiter von seiten der Unternehmer und ihrer Affiliirten sowohl, wie von seiten gewisser Winkel-schreiber an der Tagesordnung sind.

traue auf Gott und mein gutes Recht und verlasse die Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um meinen Kaiser!

Ran konnte man nicht mehr zweifelhaft sein, welches Schicksal der Stadt bevorstand. Das demokratische Wien hatte einen Sieg errungen, aber ihm stand ein unendlich schwerer Kampf bevor. Der Reichstag erklärte sich in Permanenz, nachdem ein Theil der Mitglieder, besonders die Slavischen, sich entfernt hatten, um der Aufforderung des Kaisers nachzukommen.

Rumreue wukte die Stadt, woran sie war. Bald bewegte sich denn auch Windischgrätz, ein rücksichtsloser, aristokratisch gesinnter Handwerker, mit einer großen Truppenmacht gegen Wien. Und andererseits erklärte auch der Kaiser von Kroatien dem aufständischen Wien den Krieg und zog mit seinen Kroatensoldaten heran.

Es wurden militärische Einrichtungen durch die ganze Stadt getroffen, um dieselbe zu verteidigen. Zum Kommandanten wurde der frühere Lieutenant Reissenhauser gewählt, und dies war die denkbar unglücklichste Wahl; denn Messenhauer war zwar ehrlich, aber ein Schöngestir und kein Feldherr. Die Leitung der Befestigungs-werke legte man in die Hände des polnischen Obersten Dem, da man den Oberbefehl diesem Fremden, trotz seines großen Feldherrn-talentes, nicht anvertrauen wollte.

Mit welcher rückständigen Arbeiterbevölkerung die Gewerkschaftsbewegung oft zu kämpfen hat, zeigt ein Vorgang, der sich vor kurzem in Polen abspielte. Die Buchdrucker hatten hier eine Versammlung einberufen, an der circa 150 Personen teilnahmen. In der Versammlung kam nun ein besonmer Parteilosem Wahl genommen, um den Verhandlungen mit beizuwohnen. Ehe noch die Verhandlung begann, wurde demonstrativ von mehreren Versammlungsbesuchern verlangt, daß nur Buchdrucker an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Schnell wurde auch ein dahingehender Beschluß gefaßt und der Vorsitzende verwies nun dem nicht zur Kunst gehörigen das Versammlungstisch. Nunmehr hielt Herr Schlag aus Breslau das Referat, wobei er die Bewegung zur Einführung des Tarifs erwähnte und zum Schluß sich gegen die Zünftsorganisation der Prinzipale wandte. Kaum hatte der Redner geendet, so erhob sich der zur Versammlung eingeladenen Deputierten für gewerbliche Angelegenheiten des Posener Magistrats, um sich gegen den Referenten zu wenden, indem er ungefähr folgendes ausübte: „Was der Vorredner über die Zünftsorganisation gesagt hat, trifft nicht zu, als das entscheidende Wort über die Zünftsbeschlüsse und deren Ausführung die Verwaltungsbehörde zu sagen hat; und Sie, meine Herren, werden doch nicht glauben, daß eine Behörde Beschlüsse, die für die Arbeiter nachteilig sein könnten, gutheißend wird.“ Von dem nun folgenden Redner wurde dem Herrn Deputierten recht gegeben und die Debatte wandte sich mit Schärfe gegen den Referenten. Ein Redner erklärte, in Polen haben die Buchdrucker in den größeren Geschäften einen Meberw unterworfen, in dem sie sich bei einer Konventionalstrafe von 100 M. verpflichten, an keinem Streik teilzunehmen. Die Resolution, den Arbeitgebern die Tarifforderung vorzulegen, wanderte unter höhnenden Bemerkungen in den Papierkorb, und damit schloß die Versammlung. — Ein trübes Bild einer rückständigen Arbeiterbevölkerung tritt uns hier entgegen und mißbehalte Arbeit wird es den Gewerkschaften kosten, in diesem finsternen Winkel einer besseren Erkenntnis Eingang zu verschaffen. Allerdings sollte man gerade von den Buchdruckern etwas mehr verlangen können.

Aus der Rheinpfalz. Bei der gegenwärtigen Buchdruckerbewegung zeigt sich wieder einmal in recht drastischer Weise, welche Begleiterscheinungen die Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit so vieler Arbeiter der Presse gegenüber im Gefolge haben. Es ist nicht neu, daß die sogenannte „parteilose“ Presse, der „Generalanzeiger“, in der Hauptsache von Arbeitern großgepöppelt wurde und zu einem großen Teile heute noch nur durch die unbegreifliche Geschäftshilfslosigkeit und politische Weisheit dieser Arbeiter ihr vollständig überflüssiges Dasein zu fristen vermag. Vernünftigerweise sollte man annehmen können, daß Blätter, die ihre Existenz nur der Unterstützung durch Arbeiter zuschreiben haben, diesen — wenigstens soweit sie an der Herstellung beschäftigt sind — auch einen einigermaßen anständigen Lohn zukommen lassen. Aber aller Logik zum Hohn ist es eine ebenso alte wie unbefruchtete Thatsache, daß das genaue Gegenteil die Regel bildet. Es ist deshalb auch durchaus keine Ausnahme, wenn beispielsweise in Worms am Rhein (der Ort selbst ist ja im allgemeinen nichts zur Sache) sämtliche Prinzipale mit ihrem Personal auf gütlichem Wege sich verständigen, nur die Druckerei des „Generalanzeigers“ (eine Aktiengesellschaft) eine unräumliche Ausnahme macht. Eine merkwürdige Erscheinung ist es noch, daß, wenn irgend ein neues tendenziöses Schundblatt aufsteht, die Arbeiter scharenweise folgendem Papier nachlaufen mit einem Eifer, den sie hinsichtlich ihrer Parteipresse nicht immer bekunden — eine diesbezügliche Erfahrung haben wir Süddeutsche vor noch nicht zu langer Zeit gemacht. Es erscheint nämlich an der Zeit, daß den Arbeitern endlich die Augen aufgehen und sie sehen und verstehen lernen, wo ihre wirtschaftlichen wie politischen Interessen vertreten werden.

Ausland.

Im Auslande der Wiener Buchdrucker ist bisher keine Änderung eingetreten. Die Arbeiter beharren auf ihren Forderungen, während gleichfalls die Unternehmer auf ihrem streng ablehnenden Standpunkt stehen bleiben. Die Zahl der Streikbrecher ist nicht von Bedeutung und kosten somit die Ausständigen auf einen Erfolg ihrer guten Sache. Vor allem ist der Zugzug ferngehalten.

Der Antiverwerer Schriftlicher-Ausstand hat auch fernerhin die regelmäßige Ausgabe der Zeitungen unmöglich gemacht. In einigen Druckereien sollen Sechsmaschinen eingeführt sein. Allen Ansichten nach kann aber diese Veränderung nicht so schnell die schwebenden Sträße retten. Nunmehr haben auch die Lithographen sich dem Ausstand angeschlossen. Vom Arbeiterrat, einer Korporation, bestehend aus Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen, ist den Streikenden empfohlen worden, die Arbeit aufzunehmen, und der Wunsch ausgesprochen, die Unternehmer mögen in der Lohnfrage ein Entgegenkommen zeigen.

eingereichten Individuen zu entwaffnen, mit Bezeichnung der Waffen, welche Privateigentum sind. — Alle bewaffneten Korps und die Studentenlegion werden aufgelöst, die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und 12 Studenten als Geiseln gestellt. — Mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind anzuliefern. — Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendieren. — Alle Klubs bleiben während des Belagerungszustandes aufgehoben und geschlossen. — Ein jeder, der sich diesen Wahregeln durch eigene That oder durch aufwieglerische Verwahrung widersetzt, wer des Auftrags oder der Teilnahme an demselben überwiesen, wer mit Waffen in der Hand ergriffen wird, verfällt der standrechtlichen Behandlung. — Die Erfüllung dieser Bedingungen hat 48 Stunden nach Veröffentlichung dieser Proklamation einzutreten, widrigenfalls ich mich gezwungen sehen werde, die allernächsten Wahregeln zu ergreifen, um die Stadt zur Unterwerfung zu zwingen.

Diese Bedingungen anzunehmen, wäre ehrlös gewesen, insbesondere die Auslieferung von Geiseln und von solchen Personen, die sich der Reaktion besonders verhaft gemacht hatten, an den vor den Thoren hausenden roten Patron. Wien konnte darauf nicht eingehen, selbst der erklärte Magistrat mußte diese Kapitulation ablehnen, wie sehr man auch überzeugt sein mochte, daß der Widerstand die gewalttätige Eroberung Wiens herbeiführen müsse. So rüstete sich denn die Bevölkerung mit dem Rathe der Verzwüfung zum Kampf, der zur Erklärung Wiens und dem nachfolgenden Schredensregiment des als Diktator herrschenden Windischgrätz führte.

Zu erwähnen ist noch, daß die Frankfurter Zentralgewalt den österreichischen Vorgängen gegenüber eine äußerst lästige Rolle spielte. Von der durch die deutsche Volksvertretung geschlossenen Zentralgewalt, die bekanntlich in den Händen des österreichischen Erzherzogs und Reichsverweisers „Johann ohne Land“ ruhte, wurden die Abgeordneten Weller und Nocke als Reichskommissare nach Oesterreich geschickt, „um alle zur Beendigung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Ansehens der Geise und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen“. Es war eine Scheinmaßregel, um der öffentlichen Meinung, die ein Einschreiten gegen die österreichische Willkürherrschaft forderte, doch etwas zu bieten. Die Vertreter der imaginären Zentralgewalt konnten jedoch in Oesterreich schließlich nichts ausrichten und wurden von Windischgrätz mit offener Nichtachtung behandelt.

Der Mehrheit der Rationalversammlung war ein Antrag: „Der Stadt Wien für ihren Kampf gegen die freihettsmörderische Kamorilla den Dank des Vaterlandes auszusprechen“, zu weit gegangen. Aber die vereinigte Linke beschloß, von sich aus eine Abordnung nach Wien zu senden, um dem Reichstag und dem Gemeinderath den Dank und die Glückwünsche der Frankfurter Linke dazubringen. Es wurden dazu neben zwei österreichischen Volksvertretern die Abgeordneten Julius Fröbel und Robert Blum bestimmt. Diese Delegation wurde in Wien vom Volke und den Behörden feierlich empfangen, — helfen konnte freilich auch sie den Wienern in ihrem Verzweiflungskampfe nicht. M. Pl.

Kommunales.

Militärämter im Kommunalwesen. In außerordentlich großem Umfange muß die Stadt Berlin auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1892 Militärämtern Stellen im Kommunaldienst vorbehalten. So müssen die Hälfte der 401 Magistrats-Sekretäre und der 116 Bureau-Assistenten-Stellen von Militärämtern besetzt sein; ausschließlich für diese Leute reserviert sind folgende Stellen: 232 Stadtschreiber, 100 Stadtschreiber, 100 Stadtschreiber, 3 Chauffee- und Wege-Aufseher, 10 Präsidentschreiber, 2 Brennmaterialien-Depot-Verwalter, 1 Baumaterialien-Verwalter und ein Arbeits-Verwalter, 35 Schuldiener an den höheren Lehranstalten und 100 an den Gemeindeschulen, 1 Toten-Gräber. Im Dienste der eigentlichen Stadtverwaltung können die Militärämter außerdem noch folgende, für sie ausschließlich reservierte Plätze im Wege des Aufstiegs oder der Beförderung einnehmen: 248 Steuererheber, Rathswaagemeister und Grundstücks-aufseher, 2 Kassellane, 18 Hausväter, 1 Oekonomie-Aufseher beim Arbeitshaus, 1 Depotverwalter bei der städtischen Straßenreinigung, 7 resp. 23 Oberaufseher und Aufseher bei der Straßenreinigung, und auch die Hälfte der 7 Inspektoren der städtischen Anstalten, soweit sie nicht technische Beamte sind, müssen von den Militärämtern besetzt sein.

In der Verwaltung der städtischen Werke und Anstalten sind, zunächst in den Gasanstalten, die 6 Posten der Registraturbeamten zur Hälfte, die der 5 Kassendiener und der 8 Koaleskontrollanten und Koalesmesser ausschließlich von diesen ehemaligen Militärs zu besetzen, die auch in den Konfektionswerken allein berechtigt sind, 3 Bureau-Assistenten, 8 Schreiber und 6 Bureau-diener bei der Konfektions-Verwaltung, 9 Bureaubeamte, 2 Bureau-diener und 2 Aufseher bei der Betriebsverwaltung sowie 13 Pieselmesser, 11 Wiegemeister, 5 Aufseher und 4 Bureaubeamte bei der Pieselgüter-Verwaltung zu stellen; ebenfalls ausschließlich stehen ihnen die Stellen der 22 Bureaubeamten, der 6 Bureau-diener, der 4 Telegraphisten und der 5 Materialienverwalter bei den städtischen Wasserwerken offen. Der städtische Vieh- und Schlachthof versorgt von den Militärämtern 3 als Bureau- und Kassendiener, 2 als Viehmarkts-Aufseher, 8 als Schlachthof-Aufseher, 9 als Wächter, 2 als Schlachthof-Kontrollanten, 1 als Hilfskontrollant, 5 als Portiers, 2 als Nachportiers, 24 als Stenographen bei der Fleischschau, 7 als Kontrollwächter, 2 als Kontrollrevisoren, 1 als Aufseher und 2 als Bureau-Hilfsarbeiter.

Von den 18 Buchhaltern der Hauptklasse der städtischen Werke müssen die Hälfte und von den 34 Geldverheerern und 2 Kassendienern alle den Zivil-Versorgungsdienst haben.

Auch die Posten bei der Verwaltung der städtischen Markthallen bleiben ausschließlich für Militärämter vorbehalten; hier finden Verwendung 1 Bureau-diener, 13 Oberaufseher, 33 Aufseher, 26 Pförtner und 17 Wächter. —

Kokales.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Jubel, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen stattfindet, in welcher Genosse Dr. Radlowitz über „Darwinismus und Sozialismus“ sprechen wird. Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein.

Der Kampf für die Aktie war die Signatur der Verhandlungen, welche am vorigen Mittwoch im „Rothen Hause“ geführt worden. Hestig tobte der Streit hin und her. Moral und Gemeindegüter waren auf Seite der Minorität. Aber vergebens wurde versucht, die Reichshauptstadt vor der gänzlichen Unterjochung durch das Privatkapital zu bewahren. — Das Eldorado aller Dividendenjäger — die Aktie — blieb Sieger. Mit 57 gegen 46 Stimmen lehnte die Stadtverordneten-Versammlung die Uebernahme der Elektrizitätswerte ab und verzichtet damit bis zum Jahre 1915 auf die selbständige Bewirtschaftung ihrer aus den Mitteln der Steuerzahler hergestellten und in Stand zu haltenden Straßen und Plätze. Auf dem Papier banert der Verzicht bis zum Jahre 1915, thätlich aber bekommen die zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Stadt gegründeten Aktiengesellschaften ein Monopol für alle Zeit, denn sie werden sich unter dem Schutze ihres Vertrages derart einzumischen in die städtischen Verkehrs-, Versorgungs- und Kraftzeugungs-Bedürfnisse, daß es im Jahre 1915 gar nicht, oder doch nur mit außerordentlichen Geldopfern möglich sein wird, die Stadt von den Fesseln, in die sie von der liberalen Verwaltung gelegt wird, zu befreien. Es ist charakteristisch, daß die Majorität der Stadtverordneten für ihre blinde Gefolgschaft des vom Magistrat protegierten Kapitalismus kein anderes Motiv aufzählen konnte, als daß die städtische Verwaltung nicht befähigt sei, derartige Betriebe zu leiten. Wenn dem „heiligen Profit“, dem „arbeitslosen Verdienst“ Gefahr droht — dann geht alles Selbstvertrauen, alle Selbstachtung zum Teufel. Dann demütigt sich der Rathshansliberalismus selbst als „Richtschönner“. Aus kann es nur recht sein, wenn mehr und mehr der Liberalismus selbst jede sittliche Befähigung seiner Tassens-Berechtigung im Sumpfe des Kapitalismus erstickt. Mit ganz verzweifelnden Ausnahmen billigt die bürgerliche Presse entweder laut oder stillschweigend die Preisgabe städtischen Eigentums an Aktiengesellschaften. Die öffentliche Meinung — soweit sie durch die bürgerliche Presse repräsentiert wird — hat ein goldenes Schloß vor dem Mund und findet auch dafür kein Wort des Widerspruches, daß die berufene Vertretung der Bürgerschaft den direkten und indirekten Einfluß von Aktiengesellschaften und Banken, die von der wirtschaftlichen Ausbeutung städtischen Eigentums leben, im Magistrat, der Exekutive der Stadt-Verwaltung duldet. Die Mittwoch-Verhandlungen im Rathhaus sind lehrreich. Die Vertreter der Minorität führten schonungslos die der Stadt durch den Kapitalismus drohende Gefahr der Bevölkerung vor die Augen — an der Bürgerschaft ist es jetzt, die Konsequenzen zu ziehen. Wie weit sich die Majorität der „Stadtveräter“ bereits dem Kapitalismus ausgeliefert hat, dafür legt Zeugnis ab Herr Kommissar, der es mit den Pflichten eines Stadtverordneten für vereinbar erachtet, als Angestellter einer Erwerbsgesellschaft mit Vertretern des Magistrats kommissarisch zu verhandeln, um möglichst günstige Bedingungen für die Gesellschaft herauszuschlagen.

Darin findet man in den maßgebenden liberalen Kreisen demüthlich nichts Arges — handelt es sich doch um das Allerheiligste des Liberalismus — den Geldsack und die Aktie! In diesen Fragen ist eben die Bourgeoisie taub und blind. —

Den größten Nutzen vom elektrischen Betrieb der Großen Berliner Straßenbahn haben vorläufig die Aktionäre. Das Publikum wird zwar auf manchen Linien etwas schneller befördert, aber die wirkliche Fahrgelegenheit ist auf den meisten Linien durch-aus nicht günstiger geworden. Im Gegenheil, die neueste Erregungskraft auf der Ringbahn ist für den Sühnding ein Achtmünuten-Verkehr statt des früheren Sechsmünuten-Verkehrs. Man muß also, bloß weil der Jurisprudenz in Sühnding etwas geringer ist, acht Minuten auf der Straße frieren, damit die Millionen-Gesellschaft auch ja immer gut gefüllte Wagen hat.

Bei der Willfährigkeit der Stadtverordneten und der Polizei in der Genehmigung neuer Linien kann sich die mächtige Gesellschaft mit ihrer Sportridg solche Einrichtungen erlauben. Nun Dank dafür steigt das Publikum mitten auf der Straße fast täglich aus ohne das Fahrgeld zu zahlen zu fordern, wenn die Verkehrs-stationen mit den verzögerten, technisch höchst unvollkommenen Wagen eintreten. Diese langen Penagarie-Wagen auf Drehgestellen bewahren sich vorläufig gar nicht, sie passen auch gar nicht mit ihrer schmerzhaften Länge in den Straßenbahn-Verkehr, es sind Eisenbahnwagen aber keine Straßenwagen; sie können untraglich, ihre Räder gleiten, sobald das Wetter die Schienen schlüpfrig macht und ihre Bremsen sind unzuverlässig, sie vermögen z. B. den Wagen nicht zu halten, der auf

einer Seilbahn stehen bleibt und eine rückwärtige Bewegung machen soll; dazu kommt die Unbequemlichkeit des Einsteigens und die Langweiligkeit des Aussteigens.

Aber auch in anderer Beziehung hat der elektrische Verkehr dem Publikum vorläufig keine Vorteile gebracht. Auf verkehrreichen Strecken, wie Zoologischer Garten—Treptow, tritt selbst an schönen Tagen bei dem Raumnachts-Verkehr keine Wagenvermehrung ein. Das konnte man im September fortgesetzt beobachten. Zahlreiche Fahrgäste wurden zurückgelassen.

Eine keine Verbesserung der Anhängelwagen scheint endlich jetzt eingeführt zu werden, das ist die Umgehung der Wagenräder mit Schürzen, so daß man nicht mehr direkt mit den Beinen unter die Räder geraten kann. Wir wissen nicht, ob unsere gelegentlichen diesen Sommer erfolgte Anregung die Herren Direktoren endlich dazu veranlaßt hat, diese um mehr als zwei Jahrzehnte verspätete Sicherung des Publikums anzunehmen, aber man muß diese Reparatur als einen Ausgleich für den verlangsamten Ringbahnverkehr beschreiben und dankbar annehmen. — Wie viel Beine das Fehlen dieser vorläufig nur noch spärlich bemerkbaren Verbesserung bis jetzt gekostet hat, darüber giebt leider die Unfallstatistik keine Auskunft. — In den Menageriewagen hört man jetzt aber von eiligen Fahrgästen oft die Klage: „Wenn der Wagen nur heute nicht abgefahren wäre!“

In den Sabbatshändlungen in der katholischen Herz Jesu-Kirche äußert sich endlich die hiesige „Germania“. Das führende Zentrumsblatt schreibt u. a.: „Wir haben uns nun an Ort und Stelle über den Fall erkundigt und in Erfahrung gebracht, daß die vorstehende Angabe (des „Vorwärts“) leider auf Wahrheit beruht. Die Verwaltung entschuldigend die Sonntagsarbeit damit, daß dringende Nothwendigkeit dieselbe erforderlich gemacht habe. Wir wollen unersetzlich nicht untersuchen, ob nicht zu anderer Zeit, vielleicht in der Nacht zum Freitag, oder durch vermehrte Arbeitskräfte die zur Festhaltung des Hauses notwendigen Handleistungen hätten ausgeführt werden können, halten jedoch gegenüber den Anpassungen des „Vorwärts“ mit unserm Urtheil nicht zurück, daß wir den Vorkall aufs tiefste bedauern. Derartige Vorkommnisse sind allerdings geeignet, den Rationaten der Sozialdemokraten Vorwand zu leisten und die Anhängelwagen der Arbeiterwelt, die zwischen Nothwendigem und Nichtnothwendigem nicht so genau unterscheiden kann, zu verwirren. Im übrigen ist ein ähnlicher Fall, soviel wir wissen, bei katholischen Kirchenbauten der Delegat nur niemals vorgekommen. Möge dasselbe allen Beihülftigen zur Sachamkeit und Vorsicht dienen!“

Es ist recht verständlich von der „Germania“, daß sie die Ungehörigkeiten verurtheilt. Etwas sophistisch klingt nur die Forderung, daß die Arbeiterwelt zwischen Nothwendigem und Nichtnothwendigem nicht unterscheiden könne. Läßt sich denn vom katholisch-religiösen Standpunkt aus eine derartige Sabbatshändlung an heiliger Stätte überhaupt je als nothwendig rechtfertigen? Ebenso unziemlich ist es, wenn die „Germania“ uns noch unterstellt, daß wir in unserer durchaus sachlichen Darstellung des Falles „obligate Schmähungen“ begangen hätten. Will das Blatt uns gefälligst nachweisen, wo dies geschehen ist?

Wie der Staat die Berufsfindigkeit seiner Unter-beamten fördert. Den Beamten des Strafgefängnisses Pflanzsee, die in den Beamten-Wohnhäusern Dienstwohnung haben, ist eine neue Ueberzahlung zu theil geworden. Die Gefängnisverwaltung hatte, wie wir mittheilten, vor einigen Monaten die Gasarnte für die Flurbelichtung dieser Häuser besichtigt lassen. Nachdem die Angelegenheit Behörden und Presse beschäftigt hatte, war endlich die Flur- und Treppenbelichtung wieder eingerichtet worden und die Beamten hatten damit die Gelegenheit für erledigt angesehen. Jetzt ist nun plötzlich den betroffenen Beamten ohne jede weitere Mittheilung ein Gehalts-zug von 5,75 oder 5,78 M. für diese Flurbelichtung gemacht worden. Da das Gehalt dieser Beamten an sich schon sehr gering ist, wird dieser unerwartete Abzug, der noch dazu zu einer Zeit erfolgt, wo der beginnende Winter mancherlei besondere Ausgaben nöthig macht, von den Beamten unangenehm genug empfunden.

Berlin, als Kleinstadt. Daß Berlin noch immer nicht auf der Höhe der Situation als Großstadt sich befindet, beweisen die vielen Klagen, welche jetzt wieder beim Zuschmen der Nachtströfe über das Schließen der Bahnhofsballen während der Nachtzeit laut werden. Uns wird darüber geschrieben: Hat man das Unglück, mit einem der letzten Züge aus der Richtung von Magdeburg Leipzig oder Dresden auf dem Potsdamer oder Anhalter Bahnhof anzukommen, und mit einem der ersten Züge vom Stettiner Bahnhof in der Richtung nach Stettin oder Stralsund weiter fahren zu müssen, so sieht man sich genöthigt, während der Zeit von 2 bis 4 Uhr nachts, sich auf den Straßen herumzudrehen zu müssen. Die Bahnhöfe werden nämlich pünktlich mit dem Eintreffen des letzten Zuges und mit dem Abgang des ersten Zuges geschlossen resp. geöffnet; es ist dies eine bahnpolizeiliche Vorsichtsmaßregel. Wer nun gerade nicht die Mittel übrig hat, sich in den feinen Nacht-laffen- oder Weinstuben eine kleine Erfrischung zu gönnen, muß mit klappernden Föhnen und hochgeschwungenen Koffagen das Pflaster treten, denn sämtliche „solide“ Anstreben sind um diese Zeit bereits geschlossen. Um 4 Uhr morgens öffnet endlich der Stettiner Bahnhof, als erster, seine Pforten, ohne jede Rücksichtnahme darauf, daß eigentlich bei einer Tour von Dresden nach Stralsund doch gar keine Fahrtunterbrechung stattfindet. In kleineren Städten, wie Magdeburg, Halle u. s. w., welche allerdings auch des Nachts Eisenbahnverkehr haben, bleiben die Wartehäuser Tag und Nacht geöffnet, zumal die strenge Witterungskontrolle doch genügen dürfte, keinen Unbefugten in die Wartehäuser hinein zu lassen. Sollte es in Berlin nicht auch möglich sein, diesem Uebel abzuhelfen?

Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske hat neuerdings dem Magistrat den Entwurf der Straßenüberführung für die elektrische Hochbahn von der Mordenerstraße bis zur Ueberbrückung des Tempelhofer Afers zur Prüfung und Genehmigung durch den Magistrat und die örtliche Straßenbau-Polizei I überreicht.

Der Verkehrs-Direktor der städtischen Gaswerke, Otto Reihner, ist gestern früh einem Gehirnschlag erlegen. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 96 Jahren. Im Jahre 1880 war er von den Gemeindebehörden in seine jetzige Stellung, als Leiter der Gaswerke berufen. Vordem war er 7 Jahre hindurch der erste Assistent des Bauraths Baejemann, des Erbauers des Berlinerischen Rathhauses. Reihner hatte seine Versetzung in den Ruhestand zum 1. Mai l. J. beantragt.

Die großen Erweiterungsbauten auf dem städtischen Zentralvieh Hofe bedingten auch eine erhebliche Vermehrung des Personals. So ist die Zahl der nichtstädtischen Arbeiter, welche das Ausladen, Unterbringen und Füttern des Marktviehs für die 34 Viehkommissionshandlungen zu bewirken haben, auf 600, die Zahl der städtischerseits gestellten Arbeiter auf 950 gestiegen. Das Personal der Fleischschau hat sich um 31 Personen vermehrt. Es besteht jetzt aus 517 männlichen und weiblichen Beamten, nämlich 54 Thierärzten, 317 Frischfleischhauern (wovon 116 Frauen), 43 Probenehmern, 31 Stenographen u.

Die Kriminalpolizei ersucht alle diejenigen Personen, denen innerhalb der letzten 8 Wochen Hand wagen gestohlen sind, welche nicht in den Wiederbesitz derselben gelangt sind, sich während der Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 83a, einzufinden, da zu einer großen Anzahl von aufgefundenen Handwagen die Eigenthümer nicht ermittelt werden können.

Eine Nachausstellung des Berliner Ortsvereins vom Gewerbeverein Deutscher Konditoren ist gestern in den Kränhallen, Stummendammstraße, eröffnet worden.

Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Donnerstag in dem Geschäftslokal des Kaufmanns Buerdt, Köpenicker Str. 10, verübt. Die Diebe erbeuteten Zigaretten, Zigaretten und Wein im Werthe von 70 M. Der Verthäter ist auf die Ergreifung der Thäter eine Vernehmung von 20 M. aus.

Schwer geprellt worden sind zwei Wäbelgeschäfte von einem angeblichen amerikanischen Bahnvorsteher. In dem einen Geschäft er-

schienen am 1. September d. J. ein Herr und eine Dame, im Möbel für eine Villa in Treptow zu sehen. Der Herr nannte sich Zahnarzt William Weiß aus Chicago und führte auch Papiere auf diesen Namen; die Dame stellte er als seine Frau vor. Er gab an, hierher gekommen zu sein, um an der Universität seine Studien zu ergänzen, und dann nach Amerika zurückzukehren. Die Möbel wurden gegen eine Pfandschuld von 400 M. geliefert und blieben Eigentum des Händlers. Wenige Tage später bezog derselbe William Weiß von einem anderen Händler noch allerhand Luxusmöbel und Schmuckstücke, die er zur Ergänzung seiner Willeneinrichtung noch brauche. Hier stellte er sich als Gelehrter vor und kaufte die Sachen, die am 15. Oktober bezahlt werden sollten, wenn der „Staatsbrand“ am 1. Oktober sein Gehalt empfangen habe. Als weder am 15. Oktober noch später das Geld kam, ging der Händler nach Treptow, um es zu holen. Er fand aber die Wohnung leer und erfuhr, daß das Ehepaar schon am 15. September wieder aufgebrochen war, um seiner Angabe nach eine Villa in Wilmerdorf zu beziehen. Alle Nachforschungen nach dem Ehepaar, das sehr elegant auftrat, sind bisher erfolglos geblieben. Auch die Möbel sind trotz Nachfrage bei Pfandleihern etc. noch nicht wieder zum Vorschein gekommen. Das eine Geschäft verliert gegen 1000 M.

Ein Feuer, das die Stadtbahn aufs ernsteste bedrohte, brach Donnerstag Mittag am Bahnhof Börje aus. In einem Bahnhöfen hat dort die Maschinenfabrik von Frieze u. Komp. ihre Niederlage, während in dem angrenzenden die Firma J. Polendorff einen Getreidepfeiler angelegt hat, der tausende von Jentnern Getreide birgt. An der Südseite der Stadtbahn (nach der Garnisonkirche) lehnen sich an die Bahnhöfen mehrere Holzschuppen, von denen der eine mit Stößen angefüllt und der Maschinenfabrik gehörig angeblich durch Funken aus der Lokomotive in Brand gerathen war. Das Feuer hatte in kurzer Zeit auch das Dach des ebenfalls mit Getreide angefüllten Nachbarbühnens erfaßt, und nur dem energischen Eingreifen der schnell erschienenen Wehr ist es zu danken, daß der Getreidepfeiler gehalten wurde, das Unglück wäre unabsehbar gewesen. Dies am Tage der Landtagswahlen ausgebrochene Feuer erinnert daran, daß auch am Tage der Reichstagswahlen die Stadtbahn, und zwar in der Nähe des Lehrter Bahnhofes von einem Brande heimgegriffen wurde, der allerdings verhängnisvolle Folgen nach sich zog. Viele Wähler wurden durch den Umstand, daß die Stadtbahn am Nachmittag des 16. Juni auf eine Stunde den Verkehr einstellte, an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert.

Mit falschen Empfehlungsbriefen wird gegenwärtig ein Aufzug getrieben, der anscheinend ins Große geht. Mißbrauch wird dabei die Namen der Chirurgen der hiesigen Krankenhäuser. Bei hervorragenden Männern, namentlich Künstlern und Industriellen, erscheint ein „Bildhauer“, „Kunstschlosser“, oder „Modellleur“ mit der Bitte um Anstellung, und giebt als Empfehlung einen Brief vom Chirurgen dieses oder jenes Krankenhauses ab. Der Arzt schreibt dem Empfänger des Briefes, daß der Wittsteller „Bildhauer Oskar Erb“, „Modellleur Guden“ etc. so und so lange wegen dieses oder jenes Leidens bei ihm im Krankenhaus gelegen habe und dadurch wirtschaftlich sehr zurückgekommen sei. Da er, der Chirurgen, ihn und seine Familie auf die Dauer aus seinen eigenen Mitteln nicht genügend unterstützen könne, so möge der Empfänger so freundlich sein, ihn in seinem Institut, seiner Arbeit u. s. w. anzuhilfen. Mit einer Bitte um Entschuldigung wegen der Zusendung schließt der Brief, der ebenso gefälscht ist wie die Unterschrift des Chirurgen. In den meisten Fällen hat der Schwindler Glück. Er bekommt zwar keine Anstellung, wohl aber eine Geldunterstützung, auf die er es allein abgesehen hat. Einige Adressaten haben aber den Brief zunächst an den betreffenden Chirurgen geschickt, um sich zu erkundigen, und so ist der Schwindler, den eine Person unter verschiedenen Namen treibt, an den Tag gekommen.

Ein größeres Schadenfeuer rief die Wehr Donnerstag früh 3 Uhr nach Wasserthorstr. 9. Hier stand die auf dem zweiten Hofe befindliche Metallschleifer der Altinggesellschaft für Fabrication von Bronzevaaren etc., vormalig J. C. Spinn u. Sohn, in Flammen. Der Fabrikraum brannte in einer Ausdehnung von fünf Jentnern Front aus, so daß der verursachte Schaden beträchtlich ist.

Feuerbericht. Mitterstraße 50 hatte sich Donnerstag Nachmittag Terpent in einer Zinlfäße entzündet, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten. Kurz vorher war Reinholdstr. 100 eine Zimmerbrand auszulösen. Nach Brunnenstraße 94 wurde die Wehr vormittags gerufen, da dort Pechhölzer durch Selbstentzündung in Brand gerathen waren. Böswilliger Mann verursachte ein Ausbrechen nach Dunderstraße 8. Der Thäter ist entkommen. Mittwoch Abend stürzte Plan-Ufer 92 in einem Pferdestalle die Drahtstange unterhalb des massiven Gewölbes auf die Pferde herab, die jedoch durch die alarmirte Feuerweh unbeschädigt befreit werden konnten. Hirtenstr. 16 ging ein Posten Holz und Stroh in einem Stalle in Flammen auf, wobei der Stall stark beschädigt wurde.

Deutsche Gesellschaft für volkshümliche Naturkunde. Der Beschäftigung der Igl. mechanisch-technischen Versuchsanstalt galt eine sehr zahlreich besuchte Exkursion der Deutschen Gesellschaft für volkshümliche Naturkunde. Die Führung durch die einzelnen Räume hatten der Direktor der Anstalt, Herr Prof. Martens, sowie die Herren Abtheilungsvorsteher Prof. Rudloff, Chemiker Herzberg und Ingenieur Garg freundlichst übernommen. Die muster-giltigen Anlagen mit den meist hydraulisch betriebenen sinnerreichen Maschinen erregten allgemeines Erstaunen, ganz besonders die größte auf dem Festland vorhandene Zerreißmaschine, welche eine Kraftleistung von 500 000 Kilogramm aufweist. Sehr stark entwickelt hat sich die seit 1884 bestehende Abtheilung für Papierprüfung, der unsere heimische Papierindustrie eine mächtige Anregung verdankt. Hier werden auch die Stoffprüfungen für Meer und Marine vorgenommen. Großes Interesse erregte bei den anwesenden Damen aus Papierfaser hergestelltes Garn, künstliche Seide aus Holzfasern und andere Imitationen. Der nächste öffentliche Vortrag der Gesellschaft findet am Freitag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, im Bürgerhalle des Rathhauses statt; Herr Astronom Vandenbold spricht über das Thema: „Ein Ausflug in die Sternwelt.“

Das Parodie-Theater in der Oranienstraße hat seit kurzem seine Thüren wieder geöffnet. Vor einer Reihe von Jahren fand es im Publikum Beachtung, und seine Popularität blieb nicht weit hinter der des verflochtenen Americantheaters zurück. Das ist anders geworden, seitdem Stücke von solcher Bedeutung, daß sich der Spott an ihnen lohnt, gar so rar wurden. Es ging eine Zeit lang noch mit der Verallgemeinerung Sundersmanns und mit den alten Parodien aus Dramen und Opern klaffischen Gehalts. Aber auch das überlebte sich, und nunmehr ist der Scherz, der in dem kleinen Tempel in der Oranienstraße getrieben wird, bei einem Eintagsdauereigniß von bald vergehendem Inhalt angelangt. Der Verwandlungskünstler Fregoli wird parodirt; er stellt sich vor als Italiener aus den Rüdgersdorfer Kalkbergen, der die Ehre thut, vor dem Sohn des King Bell, der hier das Schuttmacherhandwerk erlernt, Vorstellungen zu geben. Wenn wir sagen, daß der Theaterzettel, der diese Mittheilungen enthält, das Beste ist an der Vorstellung, so wollen wir damit den guten Willen sowohl des Dichters und auch der Darsteller nicht verkennen. Aber wirklich lebendiger und einschlagender ist nicht möglich, weil das bescheidenwertige Objekt fehlt, an dem sich die Nüchternheit, Fregoli eignet sich eben so wenig hierzu, wie ein Artist aus dem Jirkus oder Varietetheater.

Wassige Vanopitum. Der Postmeister Sultwan und seine Schwestern Petz Krahn haben heute Abend eine Bewerksvertheilung. **Theater.** Das Schiller-Theater veranstaltet auch in diesem Jahre, veranlaßt durch die großen Erfolge der beiden Schiller-Jakten in der letzten Saison, einen jeden Vorstellungen umfassenden und an 7 Sonntags-nachmittagen stattfindenden Schiller-Fest. Die erste Vorstellung, „Die Räuber“, wird Sonntag, den 13. November, sein. Die Ausgabe der Abonnementsliste beginnt Dienstag, den 11. November, in der Billet-Abtheilung des Theaters und in der Trautwein'schen Buchhandlung. Die Abonnementsliste enthalten 7 Eintrittskarten und 7 Garberodenmarken, so daß für Aufrechterhaltung der Garderobe nicht mehr zu zahlen ist. Die Preise

sind an den Aufschlagkästen ersichtlich. Es kostet zum Beispiel 1. Portett für alle 7 Vorstellungen, einschließlich Garberode, 6 M.

Aus den Nachbarorten.

In Köpenick finden im November die Stadtverordneten-Wahlen statt. In der dritten Abtheilung sind vier Stadtverordnete zu wählen, davon haben unsere Genossen zwei Mandate zu vertheiligen. Zur Vorbereitung dieser Wahl findet am Sonntag eine Flugblatt-Vertheilung statt. Die Parteigenossen wollen sich morgens um 7 1/2 Uhr, im Restaurant Stippeloh (früher Adolf Schulz), Schönelerlinderstraße pünktlich und zahlreich einfinden. Außerdem findet am Dienstag im Kleinschen Saale eine Volksversammlung zur Wahl statt; auch hierzu wollen die Parteigenossen zahlreich und pünktlich erscheinen. Das Wahlkomitee.

Friedrichshagen. Am Sonnabend Abend 9 Uhr findet im Saale der Wittve Schulze, neben der Brauerei, eine Parteiversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht vom Stützgarter Parteitag, 2. Diskussion, 3. Bericht und Wahl des Vertrauensmannes, 4. Wahl der Lokalkommission. Die Genossen werden gebeten, für den Besuch der Versammlung zu agitieren und zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Aus Friedrichshagen wird uns berichtet: Auf der Tagesordnung der am 26. Oktober abgehaltenen Gemeindevorstandung stand u. a. die Frage der Errichtung von Schulbädern in dem zu erbauenden Massigen Schulhause. Nach dem Bericht des Gemeindevorstehers hat sich der Gemeindevorstand mit der Frage der Errichtung von Brausebädern in dem zu erbauenden Schulhause in der Wilhelmstraße beschäftigt und eine Kommission gewählt, welche die in Deutsch-Wilmersdorf in Betrieb befindliche und die in Schöneberg errichtete, aber noch nicht benutzte Anstalt besichtigt. Nach den Angaben des Wilmersdorfer Gemeindevorstehers veranschlagt die Anlage folgende Ausgaben: 3 x 6 = 18 Brausebäder 3000 M., Bade-Trenn etc. 1970 M., insgesammt also etwa 5000 M. Der Verbrauch von Koals beträgt während drei Stunden ca. 1/2 Hektoliter im Werthe von 90 Pf. Der Gemeindevorsteher bezeugte die Wilmersdorfer Anlage gegenüber der Schöneberger als bedeutend vortheilhafter und eruchte, dem Antrage zuzustimmen. Genosse Sonnenburg hat gleichfalls um Annahme des Antrages und einpfehl gleichzeitig die Anlage einer Kochanstalt. Von den übrigen Rednern äußerten sich alle zustimmend bis auf den Verordneten Neumann, welcher erklärt, daß die Schule wohl die Pflicht habe, sich das geistige Wohl der Kinder angelegen sein zu lassen, keinesfalls aber nöthig habe, Bade-Anstalten zu bauen und sich um das leibliche Wohlbefinden ihrer Jüglinge zu kümmern. Diesen Ausführungen trat Genosse Barth auf das Schärfste entgegen. Schließlich wurde der Antrag des Gemeindevorstandes abgelehnt, dagegen ein Vermittelungsantrag gegen 5 Stimmen angenommen, dahingehend, daß in dem zu erbauenden Schulhause Räume für eine event. zu errichtende Bade-Anstalt vorzusehen seien. Auffallend war die Erregtheit des Herrn Gemeindevorstehers, der nach der Abstimmung sagte: Man müsse sich das Verhalten einzelner Herren merken gegenüber dem bevorstehenden Kirchenbau, für den gern Hunderttausende bewilligt würden, während für die Errichtung von Brausebädern nicht einmal 5000 M. vorhanden seien. Ein anderer Punkt der Tagesordnung betraf den „Deutschen Flottenverein“. Der Vorstand desselben hatte an den Gemeinde-Vorsteher eine Aufforderung zur Werbung von Mitgliedern gerichtet und der Gemeindevorstand hat sich veranlaßt gesehen, dieses Schreiben der Vertretung zur Kenntnis zu bringen. Die etwas unreflexhafte Empfehlung des „Flottenvereins“ und seiner Ziele durch den Gemeindevorsteher veranlaßte Genosse Sonnenburg zu einer Erwiderung, während deren der Vorsteher in seinem Genossen wiederholt mit der Entziehung des Wortes drohte, was diesen allerdings nicht hinderte, seine Ansicht über diesen Verein und seine Tendenzen zu sagen. Ihn sekundirte Genosse Barth in überaus glücklicher Weise, indem er eine Parallele zog zwischen der Bereitwilligkeit des Gemeindevorstandes, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen und dem Verhalten unserer Genossen gegenüber, als diese im Frühjahr dieses Jahres einen Antrag auf Schaffung von Badegelegenheit für die Schulkinder gestellt hatten. — Ferner beschloß die Vertretung, unter dem Widerspruch unserer Genossen, die hiesigen Polizei-Organen mit Revolvern zu bewaffnen.

Die Streitfrage wegen Festsetzung des Gehalts für den Stadtschulrat beschäftigte gestern die Stadtverordneten-Versammlung in Charlottenburg. Die Versammlung hatte, wie wir mittheilten, in ihrer Sitzung vom 12. d. M. beschlossen, das Gehalt auf 7500 M. festzusetzen, doch sollte der Ausschuss ermächtigt sein, ein höheres Gehalt in Rücksicht auf die seitherige Stellung oder die bisherigen Bezüge des Bewerbers bis zum Höchstbetrage von 8700 M. zu vereinbaren. Diesem Beschlusse hat der Magistrat die Zustimmung verweigert zu müssen geglaubt, sofern er dahin ausgelegt wird, daß der Magistrat von der Mitwirkung bei der Festsetzung eines über 7500 M. hinausgehenden Gehalts ausgeschlossen sein soll. Den Bericht über die Angelegenheit hatte Stadtv. Gleim übernommen. Bürgermeister Matting vertrat den Standpunkt des Magistrats. Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Jaffé betonte in längerer Ausführungen, daß es sich in gegebenen Falle um eine Fortsetzung der ersten Wahl des Stadtschulrats handle und empfahl, über den Vorschlag des Magistrats zur Tagesordnung überzugehen, mit dem Ansatze, daß dem Magistrat eine Mitwirkung bei der Wahl der Magistratsmitglieder nicht zustünde. Bürgermeister Matting wendete sich gegen diese Unterstellung. Stadtv. Lebens hielt die Frage für eine rein akademische und war der Meinung, daß jedes weitere Wort überflüssig, ja sogar gefährlich sei. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde beschlossen, von der Mittheilung des Magistrats Kenntnis zu nehmen, da gegenwärtig keine Veranlassung vorliege, sich mit der Angelegenheit weiter zu beschäftigen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag bei dem Zusammenstoß zweier Oberfähren auf der Obersee in der Nähe von Zabber's Waldschlösschen. Zur Zeit herrschte auf der See ein besonders starker Schiffsfahrverkehr, und so kam es, daß gestern Nachmittag fast gleichzeitig fünf Jollen und ein Dampfer die sogenannte Pannmele auf der Obersee passirten. Beim Umsteuern geriethen zwei der Fahrzeuge an einander und zwar mit solcher Gewalt, daß von dem einen Kahn der Schiffermeister Förster ins Wasser geschleudert wurde. Obwohl Rettungsversuche sofort unternommen wurden, gelang es doch nicht, den Verunglückten lebend den Fluthen zu entreißen. Er war unter die Rille gerathen und wurde erst nach nahezu halbstündigen Bemühen als Leiche gelandet.

Geriichts-Beitung.

Ein klaffisches Beispiel für die Anwendung des § 193 des Strafgesetzbuches beschäftigte in der Berufungsinstanz, die 6. Strafkammer des Landgerichts I, vor welcher sich der Droschkenführer Wilhelm Kähler wegen Verleumdung zu verantworten hatte. Der Angeklagte wurde seinerzeit vom hiesigen Schöffengerichte wegen Droschkenpolizei-Konvention auf Grund der Anklage des Schuttmann's Kassa verurtheilt; er sollte in der Nacht vom 26. zum 28. Januar dieses Jahres, um 12 Uhr 10 Minuten, beim Café National vorgefahren sein, was verboten ist u. s. w. Er legte Berufung ein, infolge deren in jener Sache am 9. Juli d. J. Termin vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I anstand. Als ihm am Schluß der Verhandlung das letzte Wort zur Vertheidigung erteilt wurde, erwiderte er nur: „Der Schuttmann hat einen falschen Eid geleistet“. Obwohl ihn der Vorsitzende wiederholt darauf aufmerksam machte, daß er sich einer schweren Verleumdung schuldig mache, weigerte er sich, jene Worte zurückzunehmen, da seine Behauptung wahr sei. Es wurde daraufhin gegen ihn Anklage wegen Verleumdung des Schuttmann's Kassa erhoben, das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da dem Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugestanden werden müsse und weder aus den Umständen noch aus der Form die Absicht der Verleumdung hervorgehe. Was ein Angeklagter zu seiner Vertheidigung

anföhre, bringe er in Wahrnehmung berechtigter Interessen vor, selbst wenn es der Wahrheit nicht entspräche; er habe das Recht, zu lügen und zu seinem Schutze die Glaubwürdigkeit der Zeugen anzugreifen, um sich selbst als glaubwürdig hinzustellen u. s. w. Wegen des freisprechenden Urtheils legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vor der Berufungs-Strafkammer blieb der Schuttmann Kassa dabei, daß er sich nicht irre; er habe den Angeklagten zwar nur von hinten gesehen, sich aber genau die Droschkennummer 40 (welche der Angeklagte thatsächlich seit Jahren fährt) betradtet und aufgeschrieben; dagegen bestätigten andere Zeugen, ebenfalls unter ihrem Eide, daß der Angeklagte in der fraglichen Nacht erst nach 12 Uhr von Neu-Weihensee, wo er wohnt, weggefahren ist; dann konnte er aber noch nicht um 12 Uhr 10 Minuten vor dem Café National sein; der Abend war ihnen deshalb so in Erinnerung, weil an dem Tage die Frau des einen Zeugen entbunden worden war. Der Gerichtshof hielt nicht für schlüssig, daß der Angeklagte jene Behauptung wider besseres Wissen gethan habe; im übrigen schütze ihn der § 193, da weder aus Umständen noch aus Form die Absicht der Verleumdung hervorgehe. Die staatsanwaltschaftliche Berufung wurde verworfen.

Nicht weniger als sieben Psychiater wirkten bei einem Prozeß mit, der am Mittwoch die 8. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I bis zum späten Abend beschäftigte. Es handelte sich um eine Anklage wegen Misshandlung und Betruges gegen den Postassistenten Storuppa und wegen Beihilfe und Hebelerei gegen einen Kanzlisten beim Amtsgericht und einen Ober-Postassistenten. Der erste Angeklagte wurde vom Rechtsanwalt Volkmar, die beiden anderen vom Rechtsanwalt Dr. C. H. M. M. verteidigt. Es handelte sich um die von Storuppa bewirkte betrügerische Verwertung solcher Formulare mit eingedruckt Postwertzeichen, die in den Händen des Publikums unbrauchbar geworden sind. Solche werden an den Postkältern gegen brauchbare umgetauscht, die Beamten durchstreichen den Werthschild, der Umtausch wird gebucht und die auf diese Weise laffirten Formulare an die Ober-Postdirektion eingesandt, wo sie vernichtet werden. Storuppa hatte diese entwerteten Formulare in Verwahrung. Er hat zugegebener Maßen die Entwertungszeichen mit einer ägyptischen Flüssigkeit entfernt und eine beträchtliche Anzahl solcher Formulare im Gesammtwerthe von 331 M. wieder an den Mann gebracht. Die beiden anderen Angeklagten sollen ihm dabei Hilfe geleistet haben. Storuppa war geständig, machte jedoch geltend, daß er an der Verheimlichung gelitten und nicht Herd seines Willens sei. Thatsächlich ist er auch im vorigen Jahre in der Jenterschen Anstalt Herzogell bei Stettin gewesen und hat dort die Entziehungsurkunde herabgemacht. Zur Entscheidung der Frage, ob er als geisteskrank im Sinne des § 31 des Straf-Gesetzbuchs zu erachten, waren als Sachverständige die Herren Professor Dr. Strahmann, Sanitätsrath Dr. Jentler, Sanitätsrath Dr. Freier, Dr. Kortum, Oberarzt der Herzberger Irrenanstalt, Sanitätsrath Dr. Koppmann, Dr. Stüler und Dr. Schüller geladen. — Dr. Kortum, der den Angeklagten Anfangs dieses Jahres in Herzberg beobachtet hat, betonte, daß derselbe ein chronischer Morphiumgenuß unzurechnungsfähig geworden sei. — Im Gegensatz zu diesen Gutachten verweigerten die übrigen Sachverständigen eine eigentliche Geisteskrankheit nicht festzustellen. Interessant war das Gutachten des Sanitätsraths Dr. Koppmann; der u. a. folgendes betonte: „Von intelligenten Angeklagten machen mindestens 50 pCt. in ihrem Vorleben Inventur, bauen einzelne Vorgänge auf und konstruiren die Behauptung geistiger Erkrankung. Ihn sei selten ein Mann vorgekommen, der mit solcher Verstandesschärfe über der Situation steht, wie der Angeklagte Storuppa — mit Ausnahme vielleicht des verstorbenen Oberarztes Grünenthal, der am Schlusse seiner letzten persönlichen Begegnung mit ihm (Dr. L.) die Frage vorlegte: „Herr Doktor, was habe ich nun von Ihnen zu hoffen?“ — Der Gerichtshof sah das Dr. Kortum'sche Gutachten nicht für maßgebend an, erachtete den Angeklagten Storuppa zwar für willensschwach aber doch für geistig gesund und verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängniß. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Zur Verhandlung gegen Elsa Goltz in der in Gemäßheit des Reichsgerichts bezüglich des Strafmahes noch zu erledigenden Anklagesache betreffend das verübte Verbrechen gegen leibendes Leben ist nunmehr Termin auf den 2. November vor der ersten Strafkammer anberaumt worden. Die Vertheidigung der Angeklagten, welche bekanntlich die ihr in der ersten Verhandlung auferlegte Strafe bereits verbüßt hat, führt Rechtsanwalt Dr. C. H. M. M.

Ein merkwürdiger Schuttmann. Vor dem Schwurgericht zu Glatz hatte sich der 38 Jahre alte bisherige Polizeiergeant Franz Herzog aus Wünschelburg wegen wissenschaftlichen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte hatte neben seinem Dienste als Polist auch die Kassenkasse im dortigen Rathhause inne und erhielt dafür freie Wohnung und Heizung. Vor mehreren Jahren mußte er jedoch ausziehen und sich anderwärts einrichten, aus welchem Grunde ihm neben der Wohnungs-Entschädigung 70 M. Heizungszulage bewilligt wurden. Trotzdem wurde von mehreren dortigen Einwohnern wiederholt bemerkt, daß die Frau des Polizeiergeanten und auch dieser selbst zur Nachtzeit aus dem unter der Freitreppe des Rathhauses befindlichen städtischen Vorrathsschuppen Kohlen holten und in ihre Wohnung schafften. Bei einem Zusammenstreffen in einem dortigen Gastloale erlaubte sich der Barbier Viktner die Aeußerung, daß, wenn er auch kein Polist sei und keine blanken Knöpfe trage, er doch noch Kohlen gestohlen habe. Herzog bezog diese Aeußerung auf sich und strengte, um sich von dem Verdachte zu reinigen, die Verleumdung an. Gegen den Barbier an. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Wünschelburg am 13. Juli d. J. beschworen mehrere Zeugen den obigen Sachverhalt, während Herzog, trotzdem er von dem Richter vor dem Reineid gewarnt wurde, unter Eid ausdachte, daß er selbst nie Kohlen entwendet und von etwaigen Diebstählen an Kohlen von seiner Frau kein Wissen habe. Auf diese seine beschworene Aussage hin wurde gegen Herzog Anklage wegen Meineides erhoben. Auf Grund der bestimmten Aussagen einwandfreier Zeugen erachteten die Geschworenen ihn für schuldig und das Gericht erkannte wider ihn auf ein Jahr Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust.

Ein prägender Schuttmann ist vorgestern in Planen zu der ausnahmsweise hohen Gefängnißstrafe von einem Jahre verurtheilt worden. Der rohe Patron hatte einen Zimmergelehen, den er wegen lauten Eingens verhaften wollte, derart mit dem Säbel bearbeitet, daß der Verletzte sechs Wochen lang im Krankenhaus zubringen mußte.

Briefkasten der Expedition.

Bahn, Potsdam. Insuper kostet 12 M. — und ersuchen wir um Ein-sendung des Betrages.

Witterungsübersicht vom 27. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C.	Temp. in F.
Zwinnende.	762	SW	3	11	52	Dapartanda	748	W	2	26	80
Damburg	763	SW	4	12	54	Petersburg	744	WNW	1	18	65
Berlin	764	W	2	13	55	13ort	761	SW	2	19	66
Wiesbaden	767	SW	1	16	61	11berden	757	SW	2	18	64
München	769	SW	1	17	63	Paris	767	SW	1	16	61
Wien	769	SW	1	17	63						

Wetter-Prognose für Freitag, den 28. Oktober 1898. Etwas kühler, vorwiegend neblig oder wolfig mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 28. Oktober.
Opernhaus, Margarethe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Herosrat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll). Freitag-Gastspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Comed von Bergner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Erbe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Herr Sekretär. Vorher: Mein treuer Antoine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reuers. Hofspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Bartel Turajer. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Alessandro Stradella. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Weihe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Unter lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr.
Volk. Alliance. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Robert und Bertram. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Ronde. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Todenstraße 18-19. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.

Urania
Taubenstr. 18/19.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
i. d. Urania, Invalidenstr. 57.
Sonntag, d. 30. 10. 5 Uhr:
Im Wunderlande der Pyramiden.
Ermäßigte Preise:
Parkett 0,50 (Stoehpl. 30 Pf.)

Passage-Panopticum.
Abschieds-Benefiz für den L. & Rechtmeister
Mr. Sullivan und seine Schulfertin Petö Aranka.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!
Olympia-Theater.
(Circus Renz) Karstrasse.
Täglich 8 Uhr abends:
Berliner Ausstattungsstück mit Couplets.
Kuffagen und Kolossal-Ballets in 3 Akten (10 Bildern).
Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr:
Dieselbe Vorstellung.
1 Kind frei.
Parquet 2,10 Mk.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Täglich:
Grosses Konzert und Spezialitäten-Vorstellung unter Leitung des beliebtesten Regisseurs Herrn Gustav Renz.
Aufstreich namhafter Künstler.
Lotto Romanowitsch, Liebesängerin, Fritz Fehrmann, Universal-Humorist, Geschw. Gräser, Gesangs-Duo: Heine, Heinrich Krill, Charakter-Komiker, Elias Cora, Koffim-Soubrette, Gustav Grouning, Kavaliermeister.
Anf. Wochen 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entrée Wochen 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Dir.: A. Kollig. Art. Vetter: A. Ronge.
Novität! Sensationell! Novität!
Weibliche Rekruten.
Operetten: Burleske von J. Schner. Musik von A. Behr. In Szene gesetzt von August Ronge.
Wiesenerfolg! Jubelnder Beifall!
Bei Wertheim's.
Neu! Mr. William Barry, Neu! Original-Neuer-Clown.
Umfomisch! Zum Todtsachen!

Circus Busch
Freitag, 28. Oktober 1898.
Abends 7 1/2 Uhr:
Humoristische Vorstellung.
Zum ersten Male: Clown Bogdanowski mit 1. neuem Trick. Cleopantent.
Zum ersten Male: Original-Clown Daniels als Mimiker. Zum ersten Male: Clown Oskar Lee mit 1. Bantomime „Tolle Schindkreidler“, Kostreien aller Clowns und Kuffagen mit den neuesten Späßen. Auherdem: Aufstreich von Franz Gebhardt, Ritter pp., bis langjähr. Chef der 1. I. spanischen Opernschule in Wien. Aufstreich sämtlicher Klavierspieler in prunkvollster Ausstattung. Jubiläumskunst der Blumen, großes Ballet-Divertissement. Die neuen Freiheitsdresuren des Direktors Busch.
Morgen, Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Parade-Ballet-Vorstellung.
Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen halbe Preise): Extra-Gala-Komiker-Vorstellung.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Kur noch bis 31. d. Mis.
Rich. Winkler u. Wih. Fröbel in der allabendlich um 8 1/2 Uhr mit großem Jubel u. höchstem Beifall zur Aufführung kommenden Ausstattungs-Gejangs-Böffe
Berlin, wie es liebt und radelt!
Im Spezialitäten-Theater:
Die sensationell dreifert. Raps. Die Teufels-Akrobaten.
Ein Morgen in Aefka urfomische Orig. Bantomime. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Koffeneröffnung eine Stunde vor Anfang. — Entree 50 Pf. Vorverkauf Sonnt. v. 11-1 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Deute, Freitag, den 28. Oktober:
Ein Berliner Wucherer
oder:
Der Droschkenkutscher und sein Kind. Solistrol mit Gesang in 5 Akten von Ernst Gieseke.
Morgen, Sonnabend, wegen Privatbesichtigte keine Vorstellung.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Tageskaffe von 11-1 Uhr.
Zum Schluss:
Das Rieselsche Ensemble:
Vor 25 Jahren

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 49.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Deute:
Der liebe Onkel.
Morgen, Sonnabend: Zum 1. Male:
Insel Tulipatan.
Burleske Operette von J. Offenbach. Die Handlung spielt 3000 Meilen von Blankense, 150 Jahre vor Gründung der Belgosyden mit Dampfstrande. Für die Wochentage werden Vereinsbillets mit erheblicher Preisermäßigung angeboten und können von den geschätzten Vereinsvorständen in den 100 im Bureau des Concerthaus entgegengenommen werden.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Sensationell! Neu!
Das Wurstmädchen von Aschinger.
Bild aus dem Berliner Leben von W. Reichard. Musik von Oscar Victor Kocher. In Szene gesetzt von Otto Wendt. Vorher, mit großem Vaherfolg:
Die Wenzel.
Schwank in 1 Akt von Hefsch. Gefamantonsirenen des neuentstehenden Künstler- und Spezialitäten-Personals.
Wochent. 7 1/2 Uhr.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 30 Pf.
Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Mähr's Theater
Crausensstr. 21.
Täglich:
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
O diese Radler!
Burleske.
Edler von Metz, Transformations-Künstler.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bonds haben Wochentags Gültigkeit.
Für 36 Mart fertige feine Winter-Baletts nach Maß, für 30 Mart hochfeine Anzüge nach Maß, für 8-12 Mart feine Hosen nach Maß. (09053)
Riesenstofflager Krausenstr. 14. I (sein Baden).
Gummi-Betteinlagen für Wochentag u. Kranke von W. 1,20 an, für Kinder von 25 Pf. an. Reife in Dachstuhl und Zinolenm sportbillig. Gräner Weg 102.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Deute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 20-21:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Dienstag, den 1. November, abends 8 Uhr:
Branchenversammlung der Tischmacher im Vereinshaus „Zuid-Ost“, Waldemarstraße Nr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Schlegel über: „Streik und Nachhand“. 2. Diskussion. 3. Die gegenwärtige Lage in der Branche. Kollegen! Da der 3. Punkt der Tages-Ordnung für uns von großer Wichtigkeit ist und ein jeder Kollege von den gegenwärtigen Zuständen in der Branche unterrichtet sein muß, so ist es Pflicht eines jeden Tischmachers, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Sonntag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung der Branche der Musik-Instrumenten-Arbeiter im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße Nr. 106.
Tages-Ordnung: Branchen-Angelagenheiten und Verschiedenes.
Achtung, Einseher!
Sonntag, den 30. d. Mis., vormittags 10 Uhr, bei Schöning, Köpenickerstraße 68:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Kollegen D. Klinger über: „Die Streiks im Mittelalter und in der Neuzeit“. Diskussion. Verschiedenes. Beiträge werden jeden Sonntag im obigen Lokal bei der Morgenprache entgegengenommen, auch können hieselbst neue Mitglieder angenommen werden. Die Arbeitsvermittlung zwischen Meister und Geiselen findet nur Kammstraße 39 statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Die Kommission.
Parkettbodenleger-Versammlung am Sonntag, den 30. d. Mis., vormittags 10 Uhr, bei Zubell, Lindenstraße 106.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl von zwei Kommissionsmitgliedern und Verschiedenes. 108/14

Tischler-Verein.
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Schriftstellers Herrn Knaack über: „Die Arbeit, ein Opfer des Kammerdams“ und Vereinsangelegenheiten.
Damen haben Zutritt.
Der Vorstand.
190/5
Berein deutscher Schuhmacher Ziliale V (Schäftebranche).
Sonntag, den 29. Oktober 1898, abends 9 Uhr:
Versammlung bei Schiller, Rosenthalerstraße 57.
Tages-Ordnung: Abrechnung vom 3. Quartal. 272/12

Schleifer, Präger und Prägerinnen.
Sonntag, den 30. Oktober 1898, vormittags 10 Uhr:
Oeffentliche Versammlung bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Wie helfen sich die Kollegen zur Gründung einer Sonderorganisation? Referent: Kollege W. Zechert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Auf diesfachen Wunsch der Kollegen ist obige Versammlung zum Sonntag aberkannt worden, um eine Frage von weittragender Bedeutung zu entscheiden. Es ist darum Pflicht sämtlicher Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.
97/7

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
Centralische Verwaltung Berlin A.
Montag, den 31. Oktober 1898, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung mit Frauen bei Herrn Roll, Adalbertstraße Nr. 21.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kammerzweigs Herrn Dr. Barow über: „Krankenversicherungen und deren Bedeutung.“ 2. Kassenbericht vom 3. Quartal. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Des interessanten Vortrages wegen ersucht um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Die Ortsverwaltung.
Sonntag, den 13. November, mittags 12 Uhr: **Grosse Matinee** im Feen-Palast-Theater, Burgstraße 22, zum besten ausgehauener Mitglieder. Billets à 25 Pf. sind in den Zahlstellen sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen
Ziliale Berlin.
Sonntag, den 30. Oktober 1898: 162/3
Feier des X. Stiftungs-Festes in den Gesamträumen der Berliner Ressource, Rottmannstrasse 57.
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung des Gesangsvereins der „Einigkeit“,
Fest-Prolog
verfasst von Herrn Ernst Proszczany, gesprochen von Herrn Albert Kassint.
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Herrn, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Eröffnung 6 Uhr. Programm 30 Pf. Anfang 6 Uhr.
Billets sind zu haben im Bureau, Annenstr. 9 und bei allen bekannten Kollegen und Kolleginnen; auch ist der Prolog gedruckt für 10 Pf. zu haben. Wir eruchen um regen Besuch.
Die Besolmüchtigten.

„Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103.
Empfehle den Genossen meinen neuverbauten Saal für Vereine sowie für Privatfestlichkeiten. Ein Vereinszimmer ist noch zu vergeben.
Karl Köhn.
Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32, (neben Central-Theater).
Empfehle meine Säle, 100-800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsversammlungen, Kommerzen etc.
Franz Müller.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: Hermann Scholze 6322*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**
„Hilfe!“
Ohne ärztliche Untersuchung kann jede männliche sowie auch jede weibliche Person im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse „Hilfe“ für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. Ausnahme kostenlos im Bureau der „Hilfe“, Berlin SO, Esplanaderstr. 82, I (am Schloßlichen Thor).
Zahlstellen und Agenten allwärts gesucht! 61903*

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern vom Spar- und Kredit-Verein „Gildenhof“ zur Nachricht, daß unser Mitglied
Joseph Argner
am 25. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittag 2 1/2 Uhr vom Krankeuhause am Urban statt.
18316
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die rege Beteiligung u. reichen Anknüpfenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Anna Tausendfreund
sagen allen Verwandten, Freunden und Genossen, besonders den Kollegen und Kolleginnen und dem Hof der Frau Brünning, den Kollegen der Frau Duell und dem Gesangsverein „Norddeutsche Schiller“ unsern herzlichen Dank.
F. Tausendfreund
nebst Eltern und Geschwister.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes spreche ich den geehrten Herren Vertretern der Frau Hofensied u. Ko., Köpenickerstr. 11/12, sowie allen denen, welche während seiner Krankheit treu zur Seite standen, meinen innigen Dank aus.
18336
Wwe. Brose.

Zentral-Kranken u. Sterbekasse der Tischler etc.
Centralische Verwaltung Berlin D.
Sonntag, den 30. Oktober 1898, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Möhring, Köpenickerstr. 180.
Mittlicher Hof: 181/13
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung v. 3. Quartal 1898. 2. Wahl eines Beitragsauswärters für Ziliale III. 3. Bericht von der Generalversammlung der Frauen-Sterbekasse und Verschiedenes.
Wichtiges Buch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.
(Eingetrag. Hilfskasse Nr. 3, Hamburg)
Ziliale Berlin O.
Sonntag, den 30. Oktober 1898, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung v. 3. Quartal 1898. 2. Erfragwahl eines Referenten. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Recht zahlreichem Erscheinen der Mitglieder steht entgegen.
Die Ortsverwaltung.
Nach 3 1/2-jährigem Wirken (am höchsten Krankenstande in Breslau und an der Augenlinie des Herrn Geheimrat's Hirschberg hier) habe ich mich N. Gullinstraße 24 (Gute Volksstraße) als prakt. Arzt und Augenarzt niedergelassen.
Dr. Carl Hamburger.
Sprechst. : 8-10, 4-6. 6383*

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13.
(Magazin Jermomühlschloß), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.
108

Partei-Zeitung
Norddeutsche, täglich erscheinend in einer Auflage von ca. 5000 Exemplaren, 104/13*
Sucht
per 1. Oktober 1899 einen leistungsfähigen und kapitalträchtigen
Buchdrucker
behufs Verfertigung der Zeitung.
Offerten unter J. T. 962 an
Hansenstein & Vogler, H. G.
Berlin SW. 19, erbeten.

Auf schwarz- und bunte Handschuhmacher Arbeiter, die sauber u. flott liefern
Neumark & Baer,
Dollingerstraße 39. 17945
Karton-Arbeiterinnen u. auch außer dem Hause verlangt.
Kommandantenstr. 15, 4 Tr.
Berufliche Oberhemden-
Arbeiterinnen außer dem Hause werden verlangt
August-Strasse 61,
1. Treppen links. 18045

Dirigent gesucht!
Ketterer, Stimmbegleiter Gesangsverein (35 Mitglieder), Mittel, d. H.-E.-B., sucht für Donnerstag event. auch für einen anderen Tag abends einen tüchtigen Dirigenten in einem Vorort Berlins. Nur wirklich tüchtige Herren werden erucht, ihre Offerte nebst Gehaltsansprüchen bis Dienstag, 1. November, unter A. S. 100 postlagernd Köpenick gelangen zu lassen. 683
Steinweg westl. Hornberg, Friedrichstraße 217.
Schildermaler.
Junge, selbständige Kraft findet bei hohem Lohn Jahreslohn bei H. Frey u. Verthold, Zürich, Schweiz. Offerten mit Angabe des Tätigkeits-

Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien

hat der Bundesrath unterm 18. Oktober d. J. eine Verordnung erlassen, die am 1. Januar 1899 in Kraft tritt und bis 1. Januar 1904 Gültigkeit hat. Die Verordnung enthält folgende Vorschriften:

I. In Ziegeleien, einschließlich der Chamottefabriken, dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht verwendet werden: zur Gewinnung und zum Transport der Rohmaterialien, einschließlich des eingestampften Lehms, zur Sandformerei (Streichen oder Schlagen) der Steine mit Ausnahme von Dachziegeln (Dachpfannen) und von Sandsteinen (Schwemmsteinen).

zu Arbeiten in den Oefen und zum Befeuern der Oefen, mit Ausnahme des Füllens und Entleerens oder offener Schmauchöfen, zum Transport geformter (auch getrockneter und gebrannter) Steine, soweit die Steine in Schiebkarren oder ähnlichen Transportmitteln befördert werden und hierbei ein festverlegtes Geleis oder eine harte ebene Fahrbahn nicht benutzt werden kann.

II. In Ziegeleien, in denen das Formen der Ziegelsteine auf die Zeit von Mitte März bis Mitte November beschränkt ist, sind bei der Beschäftigung von jungen Leuten zwischen vierzehn und sechzehn Jahren und von Arbeiterinnen folgende Abweichungen von den Vorschriften der Gewerbe-Ordnung zulässig:

1. Junge Leute können, abweichend von der Vorschrift im § 135 Absatz 3, an allen Werktagen mit Ausnahme des Sonnabends und der Vorabende von Festtagen elf Stunden beschäftigt werden.

2. In Ziegeleien, welche ohne ständige Anlagen betrieben werden (Zelbrande), oder in welchen als ständige Anlage nur ein Ofen vorhanden ist, können Arbeiterinnen und junge Leute, abweichend von den Vorschriften im § 135 Absatz 3 und im § 137 Absatz 2, an allen Werktagen mit Ausnahme des Sonnabends und der Vorabende von Festtagen zwölf Stunden beschäftigt werden. Admitt ist aber nicht nur den jungen Leuten (§ 135 Absatz 1 letzter Satz), sondern auch den Arbeiterinnen über sechzehn Jahre vormittags, mittags und nachmittags je eine Pause zu gewähren. Die Beschäftigung muß jedesmal nach längstens vier Stunden durch eine Pause unterbrochen werden. Die Dauer der Mittagspause muß mindestens eine Stunde, die der übrigen Pausen mindestens je eine halbe Stunde betragen.

3. Die Arbeitsstunden der jungen Leute und der Arbeiterinnen dürfen, abweichend von den Vorschriften im § 135 Absatz 1 Satz 1 und im § 137 Absatz 1, in die Zeit zwischen vierzehnhalb Uhr morgens und neun Uhr abends gelegt werden.

III. In denjenigen Ziegeleien, welche von den Bestimmungen unter II Gebrauch machen, ist an einer in die Augen fallenden Stelle der Arbeitsstätte eine Tafel anzuhängen, welche in deutscher Schrift die Bestimmungen unter I sowie anstatt des im § 138 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen Auszugs einen Auszug aus den Bestimmungen unter II und aus den Vorschriften der Gewerbe-Ordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, soweit diese Vorschriften daneben in Geltung bleiben, in der von der Landes-Zentralbehörde zu bestimmenden Fassung wiedergibt.

In allen übrigen Ziegeleien ist an einer in die Augen fallenden Stelle der Arbeitsstätte eine Tafel anzuhängen, welche in deutscher Schrift außer dem im § 138 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen Auszuge die Bestimmungen unter I wiedergibt.

Von dem § 139a der „Gewerbe-Ordnung“, der den Bundesrath ermächtigt:

„die Verwendung von Arbeiterinnen sowie von jugendlichen Arbeitern für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen“

ist auch in dieser neuesten Bundesraths-Verordnung nicht zum Wohle, sondern zum Schaden der in der Ziegelindustrie so zahlreich beschäftigten Arbeiter Gebrauch gemacht.

Der Bundesrath nimmt zu den Ziegeleien heute noch im wesentlichen dieselbe Stellung ein, wie in seiner Verordnung vom 27. April 1893, d. h. er schließt abnormals einen großen Theil deutscher Staatsbürger von einem Vortheile der Gewerbe-Ordnung aus, und zwar auf weitere fünf Jahre. Er gestattet, daß in Ziegeleien, die nur von Mitte März bis Mitte November in Betrieb sind, ferner in Ziegeleien, die ohne ständige Anlagen betrieben werden (Zelbrande) oder in welchen als ständige Anlage nur ein Ofen vorhanden ist (wobei das sind 80-90 pCt. aller Ziegeleien!) vom 1. Januar 1899 bis 1. Januar 1904 jugendliche Arbeiter anstatt 10 Stunden 11 beziehentlich Arbeiterinnen und junge Leute anstatt 11 Stunden täglich 12 Stunden beschäftigt werden dürfen. Außerdem dürfen die Arbeitsstunden, anstatt um 5 1/2 Uhr morgens, schon um 4 1/2 Uhr beginnen und bis abends 9 Uhr (anstatt 1/9 Uhr) ausgedehnt werden.

Die Verordnung vom 27. April 1893 lief mit dem 31. Dezember 1897 ab, wurde aber auf ein Jahr verlängert. Es ist nicht überflüssig hervorzuheben, daß wir bereits im vorigen Jahre, also rechtzeitig darauf hingewiesen haben, daß die bisherige Ziegeleiverordnung des Bundesraths eine ganz bedeutende Verschlechterung der allgemeinen Arbeiterschutzbestimmungen für die Ziegelei-Arbeiter bedeutete, und demgemäß verlangten wir, daß derartige Mißgriffe in Zukunft unterbleiben möchten. Indes was schert den Bundesrath ein Appell, der aus dem Volke kommt!

Damit nun im Zieglerberufe die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht in Vergessenheit kommen und jedermann die neueste sozialreformatorische Leistung des Bundesraths selber beurtheilen kann, lassen wir die betreffenden Vorschriften der Gewerbe-Ordnung hier folgen. Sie lauten:

„Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.“

„Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter dürfen nicht vor fünfenehalb Uhr morgens beginnen und nicht über achteinehalb Uhr abends dauern.“

„Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von achteinehalb Uhr abends bis fünfenehalb Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünfenehalb Uhr nachmittags beschäftigt werden.“

„Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von elf Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von zehn Stunden nicht überschreiten.“

Wer möge wohl die Vererber des Bundesraths in solchen Dingen sein? Wahrscheinlich die Ziegeleibesitzer oder doch solche Personen, die diesen nahe stehen.

Jein Jahre hindurch, von 1894-1904, sind die Ziegelei-Arbeiter außerhalb der Gewerbe-Ordnung gestellt. Das mühte auch dem letzten Arbeiter dieses Berufes die Augen öffnen! Leider ist nicht zu erwarten - wenigstens gegenwärtig nicht - daß die Ziegler aus eigener Kraft durch eine starke Berufsorganisation dem so schleichenden Gang der Sozialpolitik Lebenslicht verleihen könnten. Die Ziegelei-Arbeiter sind in ihrer überwältigenden Mehrheit eine durchaus indifferente Masse.

Zu diesem Unglück gesellt sich noch der Umstand, daß fast alle Ziegeleibesitzer und ihre nächsten Angehörigen, die Ziegelmeister, nicht nur die frohesten Uebelstände dulden, sondern auch noch zur 14., 15. und 16.ständigen Arbeitszeit ansetzen. Und diesen Leuten schnallt der Bundesrath den Riemen locker!

Da rede noch einer davon, daß die Sozialreform nicht stillstehe!

Generalversammlung der Vereinigung deutscher Maler und Lackirer.

Mainz, 26. Oktober 1898.

Die Vormittags-Sitzung wird durch die Debatte über den Kassenbericht ausgefüllt und wird der Vorstand entlastet. Hierauf erklart Dr. Freund für den Ausschuss und die Prekommission Bericht und wird derselbe nach unwesentlicher Debatte genehmigt.

In der Nachmittags-Sitzung steht zur Thätigkeit des Redakteurs ein Antrag zur Debatte, der bestimmt, daß ein dritter Beamter eingestellt wird, und die Redaktion Vertretung im Vorstande haben soll. Den Antrag begründet Tabler, der darauf hinweist, daß für die Redaktion gegenwärtig 540 M. und für Mitarbeiter 948 M. ausgegeben werden. Außerdem sei aber bereits gegenwärtig eine Hilfskraft auf dem Bureau thätig. Es würden mithin durch die Anstellung eines Beamten keine erhöhten Ausgaben entstehen.

Nach längerer Debatte, welche die ganze Nachmittags-Sitzung in Anspruch nimmt, wird der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen.

Soziales.

Von den Urtheilen über die Novelle zum Invaliditätsversicherungsgesetz ist das des Vorsitzenden der Berliner Versicherungs-Anstalt, Dr. Freund, besonders beachtenswerth. Dr. Freund ist von jeder einer der Hauptvorkämpfer einer Umgestaltung und Vereinfachung der deutschen Arbeiterversicherung gewesen. Agrarische Reaktionen wird ihm niemand zutrauen. In der „Sozialen Praxis“ nimmt er jetzt in folgender Weise Stellung:

Die Bildung lokaler Verwaltungsstellen sei ein Fortschritt, besonders für die Rentenversicherung, die jetzt in rein bürokratischer Form, durch Dekret der beamteten Vorstandsmitglieder, gechehe.

Das Material, auf das sich die Beamten hierbei stützten, war meistens sehr dürftig. Die neuen lokalen Behörden werden in der Lage sein, in engerer Fühlung mit den beteiligten Kreisen die Anträge zu prüfen, notwendige Erhebungen anzustellen und eine Entscheidung zu treffen, zu welcher der antragstellende Arbeiter wegen der Zusammenziehung der entscheidenden Behörde Vertrauen haben wird.

Die Bezirks-Schiedsgerichte als Berufungsinstanzen hält Dr. Freund dann für überflüssig. Die Entscheidung in zweiter Instanz könne den Vorständen der Versicherungsanstalten zugewiesen werden.

Die Entlastungsvorschläge verweist auch der genannte Berliner Anstaltsvorsitzende nicht von vornherein. Einmal will er jedoch die „Gemeinlast“ anders abgegrenzt sehen; ferner soll die Vertheilung derselben auf die einzelnen Anstalten nicht einfach nach dem Vermögensbestand erfolgen. Soweit rationelle Verwaltungsgrundsätze einen besseren und selbstverschuldeten Nachlässigkeit einen schlechteren Vermögensstand bewirkt hätten, sei dieser Maßstab der Finanzprüfung ganz ungerath. Außerdem müßte die abnorme Stellung z. B. Ostpreußens sehr rasch sich ändern. Hier war die Uebergangszeit gefährlich, während in anderen Bezirken die Belastung jetzt und in Zukunft um so rascher wächst:

Ostpreußen leidet hauptsächlich unter der Last der 12218 Altersrenten, welche im ersten Jahre des Bestehens des Gesetzes bewilligt wurden. Dieser erste und älteste Rentenbestand wird aller Voraussicht nach in wenigen Jahren abgestoßen sein. So sind denn auch in den beiden letzten Jahren 1450 und 1540 Renten in Wegfall gekommen, und bis Ende 1897 sind von dem gesamten Rentenbestande von 23675 nicht weniger als 9400 in Wegfall gekommen, so daß der Bestand nur noch 14206 beträgt. Die Zahl der Altersrenten-Bewilligungen ist von der enormen Zahl von 12218 im ersten Jahre auf 2246 im zweiten Jahre und auf 986 im Jahre 1897 gesunken. Ja, der gesamte Rentenbestand hat von 1896 auf 1897 schon einen Abgang von 588 Renten erfahren, während bei Berlin der Rentenbestand immer noch in Steigen begriffen ist.

Noch weit bedenklicher sind die Verhältnisse bei den Invalidenrenten. Auch hier ist nämlich von 1896 und 1897 schon ein Rückgang in der Zahl der Rentenbewilligungen (von 4109 auf 4000) eingetreten, während z. B. in Berlin die Steigerung eine sehr erhebliche war (von 888 auf 1860).

Die letzte Anschauung theilen wir nicht; wir erblicken eher in dem Rückgang der Invalidenrentenbewilligungen eine Rückwirkung der finanziellen Bedrängnis Ostpreußens. Jedenfalls sehen wir für eine dauernde, regelmäßige Abnahme keinen Grund.

Als Maßstab der Vertheilung empfiehlt Dr. Freund die Zahl der Versicherten in jedem Anstaltsbezirk. Jeder zur Versicherung mehr Herangezogene würde danach die Ansprüche der Anstalt bei der Ausschüttung der Gemeinsumme steigern; dadurch würden die Anstalten zu möglichstster Feinlichkeit in der Verwaltung angeporn werden.

Für die Renten schlägt Dr. Freund schließlich andere Grundbeträge und Steigerungssätze als die Regierung vor. Hierfür müssen wir auf den Aufsatz selber verweisen.

Arbeiter-Mißth. Auf dem hiesigen hiesigen Bahnhofsplatze in Baldeburg wurde der Schlepper J. O. G. r. J., der bei dem Rangiren von mit Kohle beladenen Eisenbahnwagen beschäftigt war, von den Puffern zweier Waggon erdrückt. In der in der Nähe von Milowice in Russisch-Polen liegenden Saturngrube wurden durch schlagende Wetter sieben Vergente schwer bedaubt. Es gelang, sie sämmtlich ins Leben zurückzurufen. Der Betrieb der Grube ist bis auf weiteres eingestellt.

Deutscher Tabakbau im Jahre 1898. Nach den vorläufigen Angaben des kaiserl. Statistischen Amtes beträgt im Jahre 1898 die Zahl der Tabakpflanzler im deutschen Zollgebiet 139.271, wovon auf Preußen 70.191, auf Baden 40.411, auf Elsaß-Lothringen 10.468, auf Bayern 10.242 kommen. Der Rest vertheilt sich auf die übrigen deutschen Staaten. Die wenigsten Tabakpflanzler hat das Königreich Sachsen, nämlich 9. Die Zahl der mit Tabak bepflanztan Grundstücke im Zollgebiet beträgt 200.958, ihr Flächeninhalt 17.656 Ar. Der Flächeninhalt ist gegen 1897 um 8911 Ar geringer. In Preußen waren im laufenden Jahre 88.244 Grundstücke, die 5286 Ar umfassen, mit Tabak bepflanzt, gegen 6912 Ar im Jahre 1897, in Baden 7438 Ar (9025), Bayern 2541 (3426), Elsaß-Lothringen 1247 (1648).

Versammlungen.

Die Fleischvertheuerung und die Ernährung des arbeitenden Volkes lautete das Thema, welches am Mittwoch in zwei von der weiblichen Vertrauensperson einberufenen Volksversammlungen erörtert wurde.

Im Lokal „Sanssouci“ in der Kottbuserstraße referirte Frau Herz vor einer größtentheils aus Frauen bestehenden Zuhörerschaft. Die Rednerin sagte unter anderem: Dadurch, daß die Grenzen - angeblich wegen Seuchengefahr - gegen die Vieheinfuhr gesperrt sind, ist es bereits dahin gekommen, daß ein großer Theil der arbeitenden Bevölkerung kein Fleisch mehr kaufen kann, oder sich höchstens mit mehr oder minder unappetitlichen Abfällen begnügen muß. Wie die Rednerin an der Hand des Zolltarifs nachwies, sind es gerade die von der großen Klasse der Arbeiter konsumirten Fleischprodukte wie Speck, Schmalz etc., die durch die bestehende Einfuhrzölle von allen Fleischwaaren am meisten vertheuert werden. Obgleich während der ersten fünf Jahre des Bestehens der betreffenden Handelsverträge der Verkaufswert des in Deutschland verbrauchten Schlachtviehes von

80 Mill. Mark jährlich auf 90 Millionen gestiegen ist, sind die Agrarier mit dieser Preissteigerung nicht zufrieden, sie verlangen, unter dem Vorbehalte, daß die Gefahr der Einschleppung von Viehseuchen vorliege, eine Grenzsperrung gegen die Einfuhr von ausländischem Vieh. Die Regierung ist wie immer so auch in diesem Falle den Wünschen der Agrarier völlig entgegengekommen, und so ist eine Fleischnoth entstanden, deren Vorhandensein kaum noch von irgend einer Partei geleugnet wird. Die Behörden verschiedener Städte haben bereits der Meinung Ausdruck gegeben, daß nur eine Freigabe der Fleisch- und Vieheinfuhr dem Mangel abhelfen kann. Die Regierung steht aber dem Rothstande unthätig gegenüber. Das einzige, was geschah, ist, daß der Landwirtschafts-Minister Erhebungen angeordnet hat über die Steigerung der Fleischpreise und deren Wirkung auf die Ernährung des Volkes. Also über Dinge, die längst bekannt sind, müssen erst umständliche Erhebungen veranstaltet werden. Die Anordnung hat wohl nur den Zweck, das Volk zu beruhigen und zu zeigen, daß doch etwas geschieht ist. Die Rednerin wies zahlenmäßig nach, daß infolge der Zölle, mit denen alle notwendigen Lebensmittel belegt sind, gerade die Arbeiterbevölkerung am schwersten belastet ist. Eine Familie von 5 Köpfen hat jährlich 80 M. an indirekten Steuern zu zahlen. Nach wissenschaftlichen Feststellungen gälten bisher 250 Gramm Fleisch täglich als nothwendig für die ausreichende Ernährung des Menschen. In einer Broschüre des Reichs-Gesundheitsamtes werden dagegen schon 100 Gramm als genügend erachtet. Das würde für eine aus 3 Personen bestehende Familie im Jahre 164 M. betragen. Der durchschnittliche Fleischkonsum in Deutschland beträgt aber nur jährlich 29 M. pro Kopf, also für eine dreiköpfige Familie 87 M. Bedenkt man, daß hierbei alle diejenigen mit eingerechnet sind, deren Fleischverbrauch den Durchschnitt weit übersteigt, so ergibt sich die betrübende Thatsache, daß der weitaus größte Theil der Arbeiterbevölkerung sich mit einer Ernährung begnügen muß, die nicht hinreicht, um den Arbeiter auf die Dauer leistungsfähig zu erhalten. Von gewisser Seite wird zwar behauptet, daß man auch ohne Fleisch sehr gut leben könne, diese Annahme ist aber durch wissenschaftliche Autoritäten widerlegt. Bekannt ist auch, daß eine schlecht genährte Bevölkerung nicht nur in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgeht, sondern auch den Krankheiten keinen genügenden Widerstand entgegenzusetzen kann und bei Epidemien geradezu eine Gefahr für deren Verbreitung bildet. Eine gute und ausreichende Ernährung der arbeitenden Bevölkerung liegt somit im Interesse der Gesamtheit. Die Arbeiter haben ein Recht, zu verlangen, daß ihnen die notwendigen Nahrungs-mittel nicht künstlich vertheuert werden. Insbesondere haben auch die Arbeiterfrauen die Pflicht, soweit es in ihren Kräften steht, zu verhindern, daß die Regierung Maßregeln ergreift, die geeignet sind, die Ernährung der großen Masse des Volkes im Interesse einer Minderheit von Großgrundbesitzern zu verschlechtern. - Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Ohne Debatte wurde die schon gestern mitgetheilte Resolution einstimmig angenommen.

Im „Swinemünder Gesellschaftshaus“ referirte Fräulein Ottilie Baader. Die Rednerin wies darauf hin, daß die Fleischpreise schon seit langem nicht mehr die Regel bei der Arbeiterbevölkerung bilden und vielfach nur als eine seltene Delikatesse auf dem Tische der Proletarier zu sehen ist. Das liegt natürlich nicht daran, wie im Reichstage von Stamm geäußert wurde, daß die Arbeiter kein Fleisch essen wollen, sondern lediglich daran, daß das Einkommen der Arbeiterschaft den Fleischkonsum nicht oder nur in geringem Maße gestattet. Um der Fleischnoth nicht ganz zu entbehren, sind viele Arbeiterfrauen gezwungen, das preislichste und dünne Fleisch, das durch die bekannten Manipulationen wieder genießbar, aber allerdings minderwertig sei, zu kaufen. Die Rednerin erörtert sodann in eingehender Weise die Nothwendigkeit der Fleischnoth für die Arbeiter und verweist auf die außerordentlichen Nachteile, die die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel, wie Brot und Fleisch im Gefolge hat. An der Hand der Statistik weist die Referentin sodann nach, daß der Kind- und Schweinefleischkonsum im letzten Jahrzehnt in Deutschland erheblich zurückgegangen, während er in England und Frankreich wesentlich gestiegen ist. In derselben Weise hat sich der Verbrauch des Pferdefleisches zu menschlicher Nahrung vermehrt, der Konsum von Ractofeln und anderen minderwertigen Lebensmitteln aber ganz außerordentlich zugenommen. Nachdem die Rednerin noch in sehr treffender Weise die oft sehr sonderbaren Gründe der Viehperrern beleuchtet hatte, forderte sie die versammelten Frauen auf, Protest zu erheben gegen die Vertheuerung der Lebensmittel durch Viehsperren und Zölle und ersuchte sie, gemeinsam mit den Männern dahin zu wirken, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse geändert werden und schließlich an Stelle der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung die sozialistische tritt, in der alle Menschen an den Genüssen der Kultur theilnehmen können und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich ist. Eine Diskussion über den mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Nachdem die Vorsitzende die Frauen zum regen Besuch der Versammlungen aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem fröhlichen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch in der Zentral-Festhalle in der Alten Jakobstraße eine Generalversammlung ab. - Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Anwesenden das Ableben des letzten verstorbenen Mitgliedes Hermann Kleinle durch Erben von den Plätzen. - Hierauf erstattete Kräfer den Bericht des Vorstandes, nach welchem im verfloffenen Quartal zwei Versammlungen stattgefunden haben und der Verein einen Zuwachs von 40 neuen Mitgliedern zu verzeichnen habe. Der Vorstand gedanke auch ferner, wie dies bereits schon einmal mit vielem Erfolg geschehen sei, zu den einzelnen Vereinsversammlungen Gästefestarten auszugeben. Auch auf die Gratisverbreitung der Protokolle vom Stuttgarter Parteitag sei an dieser Stelle aufmerksam zu machen. - Es erfolgt nun der Bericht des Kassirers A. r. d. t. Es waren hiernach zu verzeichnen an Einnahmen 898,58 M. und an Ausgaben 445,31 M., so daß sich ein Bestand von 443,27 M. ergibt. - Im Namen der Revisoren erklärt Schröder die Abrechnung für richtig. Sodann beantragt, von der Bestandssumme 20 M. zu Agitationszwecken zu verwenden; dieser Antrag wird angenommen. - Ueberaus beifällig aufgenommen wurde der nun folgende Vortrag von Gustav Reher, der die verschiedenen Versuche zur Entrechtung der Arbeiter behandelte und dessen Ausführungen darin gipfelten, in der alten Taktik der revolutionären Sozialdemokratie weiter zu kämpfen gegen die von allen Seiten drohende große, reaktionäre Masse. - In der Diskussion ergreifen Frey und Winter das Wort. Winter verbreitet sich über das Krankenassenwesen und weist an der Hand der neuesten Polizeiverfügungen, die überall sozialdemokratischen Einfluss wittern, nach, wie man in allen Fällen, wo nur ein kleines bißchen Selbstverwaltung ist, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden suche. - In Vereinsangelegenheiten beantragt Winter, in der nächsten Vereinsversammlung die Diskussion über den Stuttgarter Parteitag fortzusetzen, der Antrag wird jedoch abgelehnt. - Willarg möchte die im Parlament zur Erörterung gelangenden Sachen, wie Zoll- und Handelspolitik, mehr in den Wahlvereinen diskutirt wissen.

Die Grabene und Fiselere nahmen in der Versammlung der hiesigen Filiale am 18. Oktober den Bericht der Vorstandsmitglieder entgegen. An Einnahmen wurden im dritten Quartal mit einem vorhandenen Bestand 404,38 M. erzielt, dem 209,50 M. Ausgaben gegenüberstanden. Sitzungsstunden hatten im letzten Vierteljahr: 5 Versammlungen, 5 Vorstand- und 3 Vertrauensmänner-Sitzungen. 30 Werksratten sind durch 30 Vertrauensleute vertreten. Die Bibliothek wurde 62 mal benutzt. Die Abrechnung des letzten Stiftungsfestes ergab ein Defizit von 76,50 M.

